

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachm., außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 15 Pf. pro Monat Juli 1.40 Mark, durch die Post bezogen 2.70 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags- und Druckerei für den Bezirk Halle-Merseburg o.ä. S. 14, Halle, Postfachstr. 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 10 Halbpennig f. d. Millimeter 606 u. 607; 25 Halbpennig f. Resten in 2er; Manuskripte zu richten nach Halle, Postfachstr. 14. Tel. 1048, 1047, 1045. Telegramm-Adresse: KILIAN. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfachstr. 1045/48. Tele. Reich. Hall.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 21. Juli 1924

4. Jahrgang \* Nr. 117

## Freie Bahn für — Sanktionen!

### Sozialdemokratischer Kampfbund

Der gerufte Friedensengel

(Eig. Drahtsch.) London, 20. Juli.

Ueber die Sanktionen hat folgende Formulierung geäußert worden: In Folge einer deutschen Besetzung wird es von Wichtigkeit sein, die Art der anzunehmenden Sanktionen so zu organisieren, daß sie schnell und wirksam sind. Dabei werden die Sanktionsregierungen in Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren eigenen Interessen und gegenüber den Interessen derjenigen Privatpersonen handeln, die zwecks Ausführung des Sachverständigenausschusses Kapital vorgehalten haben. Diese Verpflichtung läßt Frankreich Handlungsfreiheit. Frankreich kann auch in Zukunft für sich allein Sanktionen durchführen, nur daß es Spezialländer für den Zins- und Tilgungsdienst der Anleihe beachten muß. Der Protokollentwurf behält den alliierten Mächten ausdrücklich sämtliche Rechte aus dem Versailler Vertrag, sowie aus dem Sachverständigenausschuß vor. Es verleiht, daß Stresemann als Vertreter der deutschen Regierung für Mittwoch nach London berufen ist.

Es bestätigt sich also, daß der französische Sanktionsstandpunkt, gestützt durch die äußerst regisamen Amerikaner, in London durchgedrungen ist und die englische Bourgeoisie in dem Verfahren, nur ja nicht den Dames-Plan zu gefährden, einen beträchtlichen Rückschlag angetreten hat.

Inzwischen ist auch der amerikanische Staatssekretär Hughes in England eingetroffen, natürlich „durchaus privat und inoffiziell“, wie es in der Diplomatensprache so schön heißt. Es wird also aus Verbsträften hinter den Kulissen gehoben und man kann beinahe von einer amerikanischen Reparatursmission reden. Es verdient auch festgehalten zu werden, daß durch die Billigung des Sanktionsprotokolls seitens der Amerikaner das amerikanisch-französische Zusammenwirken zum erstenmal auch offiziell bestätigt worden ist.

Im demokratischen Wählerwahl Deutschlands, in dem bisher nur Verbindungs- und Friedensschmelzen geblieben und dem „linken“ Herriot feierliche Kaufpfer dargebracht wurden, herrscht verlegenes Schweigen. Soweit die Berliner demokratischen Blätter am Sonntag zur Sanktionsfrage Stellung nahmen, bemühen sie sich, die Londoner „Lösung“ als selbstverständlich hinzustellen. Die tollsten Sprünge macht dabei Georg Bernbard in der „Rössischen Zeitung“.

Es ist nicht so, daß in der gesamten Welt anerkannt Deutschlands Sanktionen für etwas Unerbittliches gehalten werden. (Sanktionen sind eine ganz alte Institution des Völkerrechts.) Der Streit in London dreht sich vielmehr lediglich darum, ob eine einzelne Macht allein solche Sanktionen vornehmen darf.

Die Amerikaner haben sich um diesen politischen Streit nicht gekümmert (?) Sie haben einen Ausweg (!) gefunden, der mindestens interessant (!) genannt werden muß. Sie haben nämlich erklärt: nimmt eine einzelne Macht oder nehmen alle Alliierten Sanktionen vor, so gilt das ohne weiteres als Hebernahme der finanziellen Garantie für die ins Ausland zu gebenden Reparationsanleihen (natürlich einschließlich der etwa geborenen deutschen Eisenbahn- und Industriegesellschaften). Damit ist zwar nicht der theoretische Streit und Sanktionen beendet. Aber praktisch sind damit Sanktionen ganz unmöglich gemacht. Denn nun ruht die Gelamität der deutschen Reparationsanleihen auf dem, der Sanktionen vornimmt.

Wenn Herr Bernbard meint, daß der „mindestens interessante“ Ausweg der Amerikaner praktisch der französischen Bourgeoisie die Sanktionswaffe aus der Hand schlägt, so beweist er damit, daß er die amerikanisch-französischen Finanzverbindungen nicht kennt oder sie aus bestimmten Gründen nicht kennen will. Die französische Bourgeoisie wird Sanktionen vornehmen, wenn die Amerikaner dies für ihre Europa-Politik zweckmäßig halten. Und die Garantie

für die Reparationsanleihen wird dann der französischen Regierung keine Kopfschmerzen machen.

Jämmerlich geradezu ist jetzt die Lage der Arbeiter in und der SPD. Beide haben dem „linken“ Herriot und dem „Arbeiter“ Macdonald Verführerorden und überhaupt ihren Segen erteilt. Ja, das halbkreis „Volkblattchen“ bekam es, wie wir am Samstag berichteten, sogar fertig, Herriot als abhängig von den sogenannten Sozialisten zu bezeichnen. Jetzt ist die Meiste da. Die Proleten sehen herabguckend nach, was in London geflügelt wird. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu folgende treffende Sätze:

Eine unbedeutende Kampfbund-Ermächtigung geht durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter, die bisher ihren Vorwärtsschritt abwarten. Sie kamlos klangen die kapitalistischen Vertreter in London um die Haut des deutschen westlichen Volkes. Zum Überfließ hat die deutschen Unternehmer dabei, dem Arbeiter den Sinn des Sachverständigenausschusses recht deutlich und handgreiflich klarzumachen. Die friedliebenden Vertreter der „westeuropäischen Demokratie“ haben nun schon in London die einschmeichelnden Entschuldigungen getroffen, ohne daß ein Vertreter der von der SPD mit ihrem Vertrauen ausgezeichneten Regierung ausgesprochen worden wäre. Jetzt bringt das Labourgen Herriots, die von „Vorwärts“ schon so oft mit Entzünden stützte, „Le Nouvel“ die Mitteilung, wie Herriot die Deutschen nur unter den gleichen Formalitäten wie Herriot in Versailles zulassen wollte. Und freudlos schreibt dazu der „Vorwärts“-Redakteur folgendes:

Da müßte ihm und seiner Partei mit aller Consequenz geltend werden, daß Deutschland einschließlich der Sozialdemokratie sich für eine solche „Entschuldigung“ bedankt, die ebenjagt von Clemenceau ausgehen könnte. Wenn sich Herriot diese Ministerlisten nach durch solche Konzessionen an den Imperialismus erkaufen kann, dann ist er wohl die „Rote Fahne“ zu danken, die er in London er sich in den europäischen Demokratien erworben hat, völlig verlorener.

Man vergleiche mit diesem vernünftigen Gehemmel überführter Betrüger einen Stageschub und jene Robothenheiten, mit denen der „Vorwärts“ die Ankunft Herriots begrüßt hat, mit jenen Grenzen in London zu sprengen, die er daran gestrichelt hat. Und nun, da von jedem einzelnen Arbeiter begriffen wird, welches neuzehrende Diktat die Ententekapitalisten über Deutschland verhängen wollen, jetzt schickt das laubere Zentralorgan der SPD ein daß ein monatelang die deutschen Arbeiter schamlos belügen und betrogen hat.

Der „Vorwärts“ weiß also nichts anderes mehr, als nach dem Sturz Herriots zu schreien. Das ist ein neuer vollständiger Bankrott sozialdemokratischer „Aufsichtlichkeit“. Unsere Genossen müssen diese Taktik überall mit der größten Energie ausüben und den Breiten zeigen, wozu es führt, wenn man der imperialistischen Bourgeoisie Subtilitäten feilt. Am Ende kommt immer der August und die laßige Drefiese.

Dieses Resultat hat keine besondere Bedeutung in diesen Wochen. Im Juli 1914 hatte die Führung der deutschen Sozialdemokratie bereits innerlich vor dem kommenden imperialistischen Krieg kapituliert. Heute ist es nicht besser; denn in der Zustimmung zum Sachverständigenplan, dessen innere Widersprüche und imperialistische Konstellationen hier oft genug nachgemalen worden sind, liegt die Zustimmung zu dem nächsten Schritt in die Welt der imperialistischen Kapitalisten und ihre Gemeinlichkeitsbestrebungen führen unter einem Wahrsagen von kapitalistischen Absichten diesen Zustand zu verbessern. Es wird ihnen nichts helfen.

Die Taktiken liegen zu offen auf der Hand und die Kommunisten werden diese Taktik gerade jetzt, mit Hilfe des Sachverständigenplans und der Londoner Konferenz, den arbeitenden Massen in Stadt und Land vor Augen führen und ihnen sagen, daß die kapitalistischen Proleten nur die Kasse für die neuen Kaufzüge der imperialistischen Bourgeoisie sind und daß diese Kaufzüge nur verhindert werden können, wenn das Proletariat dem imperialistischen Krieg die proletarische Revolution entgegenstellt.

Wiederkehr des Krieges, die allerdings von den sozialdemokratischen Kundgebungen vor zehn Jahren sich wesentlich unterscheiden, zeigt doch mit aller Deutlichkeit den Weg, den die SPD, ganz ohne die Hilfe der Sozialdemokratie eine ausgesprochene Bürgerpartei, die trotz der antiimperialistischen Reden der 2. Internationale in jedem Lande treu zu ihrer Bourgeoisie hält und den Sozialismus dadurch zu verwirklichen sucht, daß sie die Proletariat vor gegenteiligen Schadeltschlagen treibt. Sozialdemokraten werden die Kundgebungen, damit sie nicht offiziell an ihre Schande und Betrug gemacht werden. Am 3. August wird ein gemäßigter Schrei durch alle Länder, die am Kriege beteiligt waren, gehen, da wird das Proletariat aufstehen und drohend seine Fäuste gegen die kapitalistische Welt und die Zutreiber des Kapitalismus, die Sozialdemokraten, erheben.

## Der Weltkrieg und die Gewerkschaften

Von H. Rosowski

Bald sind zehn Jahre um, seit die europäischen Völker in den wahnwitzigen Krieg geführt wurden. Die Welt ging aus diesem Kriege nicht in derselben Gestalt hervor, in der sie ihn begonnen hatte. Viele Millionen von Leuten, ebensolche Invaliden, unschätzbare materielle Verluste, Zerrüttung des gesamten Wirtschaftsorganismus und Unterjochung Europas durch den machtvollen amerikanischen Kapitalismus — das sind die Ergebnisse des „Reinigungskrieges“. Zugleich mit dem Krieg endete auch die Periode der Hegemonie des europäischen Kapitalismus in der ganzen Welt. Der Schwerpunkt wurde auf die Vereinigten Staaten verlegt. Gegenwärtig beherrscht der Dollar die Welt.

Der Krieg endete mit dem Versailler Vertrag, vorläufig fällt es schwer, zu sagen, was die Menschheit mehr zugrunde gerichtet hat: der vierjährige Krieg, oder der sechsjährige „Friede“. Ganz Europa ist bis in seine Grundfesten erschüttert. „Entwaffnung des preußischen Militarismus“, „Selbstbestimmung der Völker“, „Kampf für Recht und Zivilisation“ — das alles war auf den Bannern der europäischen Demokratie zu lesen. Diese ganze demokratische Hoffe endete mit einem derartig grauenhaften, derartig schamlosen, derartig räuberischen und ungeheuerlichen Frieden, wie ihn die Menschheit nie erlebt hat. Bis jetzt windet sich Europa in Krämpfen und kann den Ausweg aus der durch den Krieg und den Versailler Vertrag geschaffenen Sackgasse nicht finden. Die Schwierigkeiten sind damit zu erklären, daß der europäische Krieg im Grunde genommen ein Weltkrieg war. Im Laufe mehrerer Jahre führten Hunderte von Millionen Wesen ein fieberhaftes Dasein. Alles war auf eine Karte gesetzt. Die ganze Welt lebte in fieberhaft gespanntem Zustande und erwartete das Ende der grauenvollen Schlächterei.

Dieser Krieg hätte nicht einmal mehrere Monate dauern können, wenn er nicht von einer ganz unerwarteten Seite unterstützt worden wäre — von der Seite der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsverbände. Es ist schwer, zu sagen, wer — die Führer der sozialdemokratischen Parteien oder die Gewerkschaftsführer — bei diesem Krieg am meisten die Hand im Spiel hatte. Es fällt schwer, die Wahl zu treffen zwischen dem Verhalten der sozialistischen Führer und demjenigen der Gewerkschaftsführer. Man könnte sagen — beide hätten am niederträchtigsten gehandelt. Wäre es denn der kapitalistischen Gesellschaft möglich gewesen, ohne den Bestand der Gewerkschaftsorganisationen viele Millionen Menschen in diese Schlächterei hineinzuziehen? Wäre es denn möglich gewesen, im Laufe mehrerer Jahre Millionen Menschenleben zu vernichten, wenn nicht nur der Staat, die Kirche, die Presse, sondern auch die Arbeiterorganisationen ihre Hand zu diesem „einen“ Werke geliehen hätten? Keinesfalls. Die Eigentümlichkeit des letzten Weltkrieges besteht darin, daß die Gewerkschaftsverbände die Rolle von Kanonenfutter-Küchleren übernahmen.

Sie benutzten ihren Apparat, die durch Jahrzehnte herausgebildete Klassendisziplin, kurz alles, bis zu den Zünften und Korporationsordnungen, dazu, um die Massen in die Schlächterei hineinzuziehen. Die Gewerkschaften spielten nicht nur die Rolle von Werbemännern und Kanonenfutterlieferanten. Ihre Rolle — und dies ist das schlimmste — bestand darin, der gegenwärtigen Völkerverrottung eine ideale und moralische Grundlage zu verleihen.

Der Krieg war kaum erklärt worden, als diese Herren Jourbaue, Begien, Seipart, Espeton, Benderson, Hueber und andere große und kleine Gewerkschaftsbureautanten logisch ihr Vaterland entsetzten. Die Gewerkschaft der Entente-Länder verteidigten die Demokratie gegen das Barbarentum. Die Parteien der Zentralmächte retteten die sozialen Errungenschaften vor den russischen Kosaken. Sie alle retteten angeblich die Errungenschaften der Arbeiter. Kämpften jedoch in Wahrheit für die Hegemonie der Bourgeoisie ihres Heimatlandes.

Wenn man die Geschichte des vierjährigen Krieges betrachtet und all das, was die Gewerkschaftsbureautanten während dieser Periode unternahmen, die Gehirn der Arbeitermassen zu verwirren, wenn man daran denkt, daß diese Massenmordorganistoren, diese Initiatoren des internationalen Schächtelwesens noch bis jetzt im Namen der Arbeiter aufzutreten, daß es Millionen von Proletariaten gibt, die den Reformen hinterdreinsehen, wenn man all diesen gebent — dann beginnt man, sich zu fragen:

„Ist es denn noch nicht genug, wird sich die Arbeiterklasse denn niemals von diesen Herrschaften befreien, und wieviel Dugend Millionen Menschen müssen noch toteschlagen werden, ehe den Überlebenden ein Licht aufgeht?“ Aber solch ein pessimismus wäre unangebracht. Man muß die Ursachen des Einflusses des Reformismus unter den Arbeitern begreifen und, wenn man diese Ursachen begriffen hat, für ihre Unterjochung weiterkämpfen. Wodurch wurden die Gewerkschaften zu Stützen des vierjährigen Krieges? Wodurch ist es zu erklären, daß die englischen Arbeiter sich mit

## Verbot der Kundgebungen zum 3. August in Hamburg

(Eig. Drahtsch.) Hamburg, 21. Juli.

Sämtliche geplanten Veranstaltungen und Kundgebungen der Kommunisten anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Krieges, ausserhalb des Hamburger Gebietes verboten worden.

Vorher war für die preussischen Städtegebiete Altona und Wandsbek bereits das gleiche Verbot von sozialdemokratischen Regierungsstellen ausgesprochen.

Das Verbot der Kundgebungen der Kommunisten zur zehnjährigen

# Alle Annahmestrichen abgelehnt

## Kein Geld für die ärmsten der Armen — Geld für Leno, militärische Übungen und Polizei

loscher Rat auf die deutschen Führer und diese wiederum wie zählend die Franzosen ausstutzt? Diese Erscheinung kann nicht allein durch itatlichen Zustand, durch den Kriegszustand erklärt werden. Nein, die Ursachen liegen viel tiefer. Der Kapitalismus unterwirft sich in seiner Blütezeit die wertstätigen Massen auch in ideologischer Hinsicht. Solange der Kapitalismus sich in aufsteigender Richtung bewegt, ist seine Entwicklung in gewisser Weise für die Arbeiterklasse vorteilhaft. Und je mächtiger er wird, je mehr seine Einflusssphäre sich ausdehnt, desto mehr Zugeländnis kann er seinen Arbeitern machen, um mit ihrer Hilfe die Kolonialländer und die schwachen Völker auszubeuten.

Der Weltkrieg bedeutete den Kampf um die Hegemonie der Finanzen und der Industrie. In dem die Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands ihr Vaterland verteidigten, verteidigten sie nicht nur die Stellung, die ihr Land auf dem Weltmarkt einnahm, sondern sie waren, wenn auch unbewußt, bestrebt, diese Grenzen zu erweitern. Der Kapitalismus hat mit seinem ganzen System ideologisch-politischer Institutionen (Schule, Kirche, Presse und dergleichen) dauernde Wirkung auf die Massen ausgeübt, in ihnen Vaterlandsliebe, Nationalstolz, Wettbewerb mit den anderen Völkern um, großgezogen. All dies mußte von den ersten Tagen des Krieges an seine Wirkung ausüben. Die Klassenorganisationen und die ausserhalb unabhängigen Organisationen erwiesen sich als organischer Teil des bürgerlichen Staates. Erst der Krieg hat den wunden Punkt in der Arbeiterbewegung bloßgelegt.

Wir hatten bereits vor dem Kriege die Gefahr des Reformismus bemerkt, aber niemand setzte voraus, daß der Reformismus die Arbeiterklasse einer derartigen Erniedrigung zuführen könne. Es begann mit der Vaterlandverteidigung, wobei die Gewerkschaftsbürokraten wiederholt betonten, daß sie ihre Klassenpositionen beibehalten. Aber das waren leere Worte. Die Taten zeigten, daß die Arbeiterorganisationen von Anfang an des Krieges zu einem Teil des bürgerlich-faustlichen Mechanismus wurden und die Gewerkschaftsführer bestimmte Funktionen bei der Mobilisierung der Massen für Kriegszwecke ausübten. Die Geschäftsleute der Kriegskasse ließen die Geschäftsleute der bürgerlichen Klassen moralisch-politischen Erniedrigung der Arbeiterklasse, nachdem sie sich zuerst auf den Boden der Vaterlandverteidigung gestellt hatten, waren sie notwendigerweise gezwungen, den Arbeitern gegenüber politische Funktionen zu übernehmen. Sie gaben die Ergruppungen, die langjährig ergruppungen der Arbeiterklasse auf. Sie erließen jeglichen Widerspruch unter den Massen, im Grunde mit der Polizei und der Gendarmerie röteten sie jeden freien Gedanken und jedes kritische Verhalten zum Kriege aus. Sie konnten nur eine einzige Lösung: „Krieg bis ans Ende, um jeden Preis“, unsere große Lösung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ erzogen sie durch die Lösung:

„Proletarier aller Länder, schneidet einander die Kehlen ab“.

Die brachten Verderbnis, Ungehörigkeit in die Arbeiterbewegung, und dies alles im Namen ihres herrlichen Vaterlandes, das heißt im Namen der großen Töchter der Bankiers und der Industriellen. Jeder Führer der Gewerkschaftsbewegung erachtete es für eine Ehre, den hochgeleiteten Vorkämpfern behilflich zu sein, und das dauerte durch die ganzen vier Jahre eines an Umfang und Opfern noch nie dagewesenen Krieges.

Die unter den Arbeitern lebendige nationale Beschränktheit liegt dem Bewußtsein dieser Herrschaften bis zum Imperialismus. Diese Leute predigten den Nationalismus und Panzerismus, indem sie die Bewußtsein der Massen entleerten und die Grundlagen der internationalen Solidarität der Wertstätigen untergruben. Die logische Folgerung dieser ihrer Stellung war, daß die Internationale zerstört müßte. Im Jahre 1916 wurden Versuche gemacht, aus den Gewerkschaften der Ententeländer eine Internationale zu bilden. Sie erfüllten die Gewerkschaftsbürokraten aller Länder ihre patriotische Pflicht. Sie bewiesen, daß die Arbeiterorganisationen nicht den bürgerlichen Staat verwerfen, sich seinen Interessen unterordnen, für ihn und seine Interessen leben können.

Der Krieg endete, und die Todbeide von gefern begannen von einer Wiederherstellung der Internationale zu reden, aber was für eine Internationale konnten diejenigen schaffen, deren Augen durch einen blutigen Nebel waren? Was für eine Internationale konnten die Patrioten ihres Vaterlandes, die Nationalisten bis ins Mark, für die die Interessen der Bourgeoisie über den Interessen der Arbeiterklasse standen, aufbauen? Diese Leute konnten nur der Form nach, aber nicht dem Inhalt nach eine Internationale aufbauen. Sie konnten sämtliche nationalen Organisationen sammeln, diese Summe nationaler Beschränktheiten „Internationale“ taufen und sie mit diesem gefälschten Maß auf die internationale Politik loslassen.

Und sie haben das getan. Die erstellten, ausgelegenen bezogenen Massen ledigen nach der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Sie zwangen die nationalitätsgemäßen Führer, das zerstörte internationale Gewebe wiederherzustellen, und diese Führer reichten den Massen kein Brot einen Stein, fast eine Kugelfeder, gegen den Kapitalismus kämpfenden Internationale geben sie ihnen ein trautes Aushängnis des Väterlandes unter dem Namen „Internationale Gewerkschaftsverbände“. Es ist die „Entente der Arbeiterinternationalen“. Es ist die „Entente der Arbeiterinternationalen“. Wie die Sozialpartei aller Länder in fünfzig Jahren gewöhnlich Väter gefunden haben. Und wir haben die Internationale bei der Arbeit gesehen. Sie begann ihre Arbeit mit dem widerprüchlichen Ansehen auf den bürgerlichen mit der Beteiligung an der Ausarbeitung des Berliner Vertrages, mit dessen Unterzeichnung, indem sie die Verantwortlichkeit für die Weltkriegskatastrophe auf das deutsche Proletariat wälzte und die Schuld der Bourgeoisie der Ententeänder verschleierte.

Und jedesmal, wenn es in Europa nach Väter zu riechen begann, zerfiel diese sogenannte Internationale in ihre nationalen Bestandteile. Aber sobald die reale Kriegesgefahr vorüber war, begannen die Herren Anführer zu schreien, daß sie gegen den Krieg kämpfen. Wer kennt sie nicht, diese feurigen Reden? Haben sie nicht den internationalen Friedensnobelpreis im Saal veranfaßt? Haben sie nicht den Beschluß gefaßt, im Kriegsfall einen Streik zu veranlassen, haben sie nicht die Einheitsfront mit den bürgerlichen Sozialisten geschlossen? Haben sie nicht den dritten Sonntag im September 1924 zum Tag der Konstitution bestimmt? Haben sie nicht erst vor einigen Tagen beschlossen, daß sie gegen den Krieg sind? Kann denn ein Streik gegen den Krieg, bei diesen Herrschaften wirklich gegen den Krieg kämpfen werden? Werden diesen Gaunern auf Väter laßt, ist ein Dummkopf. Diese Leute erheben im Frieden sehr lautes Geschrei gegen den Krieg, aber wenn der Krieg beginnt, dann schreien sie noch lauter, daß man ihn zu Ende führen müsse.

Am Sonnabend trat der Rechtsausschuß in die spezielle Beratung der vorliegenden Annahmestrichen ein. Der Beratung und Abstimmung wurde zugunsten gelegt der ausführliche

kommunikative Annahmestrichen, der in zahlreichen Einzelbestimmungen die Annahme für alle politischen Verurteilungen seit 1919 vorzuziehen.

Die bürgerlichen Parteien lehten in handschöner Beratung, in der die Genossen K. G. Söder, S. Eitel und Kreuzberg wiederholt auf die ungeschweulichen Urteile und die Notwendigkeit einer Annahmestrichen hinwiesen, alle Anträge ab. Nicht einmal die sogenannten Väterpolitiker aus der Münchener Zeit wurden angesetzt, denn deren Annahmestrichen wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt, wobei sich die 12 Stimmen zusammensetzten aus 4 Kommunisten, 6 Sozialdemokraten und 2 Demokraten. Diese Abstimmung war aber auch die einzige, in der sich eine bürgerliche Partei auch nur für eine Teilannahmestrichen aussprach.

Der Väterpartei K. H. erklärte, daß seine Partei wohl für eine Prüfung der Urteile gegen die Väterpolitiker sei, nicht aber für eine allgemeine Annahmestrichen. Durch diese Haltung kam die Ablehnung der Annahmestrichen der 1919 in München Verurteilungen zustande. Alle übrigen Anträge der Kommunisten, die sich bezogen auf die Annahmestrichen der an der Umkehr des Kapp-Putsch, an der Märzaktion 1921, der an den Anrufen und Rümpfen im Herbst 1923 und der durch die Terrorismus, Hungernot, Inflation, Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren verurteilten Proletariat, der wegen Teilnahme an der verbotenen kommunistischen Partei, an verbotenen Kontraktabschlüssen, Hunderttausenden, Arbeiterlagern verurteilten Arbeiter, schließlich auch der von Militär, Kriegs- und Sondergerichten verurteilten Personen wurden abgelehnt.

Selbst das Zentrum stimmte alle unsere Anträge wieder, obwohl andere Redner immer wieder und wieder auf die unwürdigen hohen und schäblichen Verurteilungen hinwiesen. Von besonderem Interesse ist es, daß das Zentrum ebenfalls stimmte gegen die Annahmestrichen der noch vom Kapp-Putsch her verurteilten Proletariat, obwohl an diesen Väterpolitiker ständige Arbeiter befestigt waren. Ebenfalls stimmte das Zentrum gegen die Annahmestrichen der wegen Terrorismusverbrechen anlässlich des Kapp-Putsch zu Hunderten verurteilten Frauen und Männer. Ein Annahmestrichen der Väterpolitiker, der nur die Annahmestrichen der deutsch-politischen Führer vorkam, wurde gleichfalls abgelehnt.

Da am Schluß die bürgerlichen Parteien aus formalen Gründen sich auch gegen die Bildung eines Reichstags-Annahmestrichen-Ausschusses aussprachen, der wenigstens im Einzelnen noch hätte prüfen und Urteile aufheben können, ist aus den ganzen Beratungen nichts, aber auch gar nichts herausgekommen. Zentrum, Deutsche Väterpartei, Deutschnationalen, Deutsch-politische, ebenfalls auch die Demokraten, stimmten in brutaler Einigkeit auf alles an dem herzigem nieder.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend mit der Bewilligung der Mittel, die notwendig sind auf Grund der Beschläüsse des Sozialpolitischen Ausschusses, der bekanntlich einige Renten um ein paar Hungerpfennige erhöht hat. Es war das alte Bild: Die Vertreter des parlamentarischen Staates, allen voran der Väter der Schwerindustrie, Finanzminister Dr. Lohse, stimmte bei der Debatte über die herbeiziehende Töne über die Notlage der deutschen Wirtschaft und der Schwerindustrie insbesondere an. Trotz neuer Steuern, erklärte der Finanzminister, sei es nicht möglich, die Vorläufe des Sozialpolitischen Ausschusses, die notwendig gefaßt haben an und für sich eine Verbesserung der der ärmsten der bürgerlichen Klassen, anzunehmen. Der Finanzminister verlangte, daß bestmögliche Sozialleistungen bei den Erwerbslosen fest, wie der Sozialpolitische Ausschluß beschlossen hat, um 100 Prozent nur um 40 Prozent erhöht werden dürfe. D. h. also, statt der Erhöhung von 22 Pf. für eine Frau pro Tag auf 44 Pf. und statt einer Erhöhung von 17 Pf. pro Kind und Tag auf 34 Pf. soll der Frau eines Erwerbslosen etwa 8 Pf. und einem

Kind 6 Pf. für den Tag Erhöhung gesetzt werden. Wofür sich die Glücklichsten dann gerade eine Summe laufen könnten. Ferner verlangt der Reichsfinanzminister aus finanziellen Gründen die Streichung des Antrages des Reichsbeschädigten-Ausschusses, wonach den abgeordneten Kriegseinsatzempfangern mit einer Minderung der Arbeitsfähigkeit um 80 vom Hundert, wenn die Abschreibungssumme in der Zeit vom 15. Juli bis 31. August 1923 ausgezahlt worden ist, 30 Mark, bei Auszahlung im September 1923 40 Mark und bei späterer Auszahlung oder wenn keine Auszahlung erfolgt ist, 50 Mark gezahlt werden sollten. Selbst wenn die Mittel beschafft werden könnten, so erklärt der Minister, könnte man sie nicht für diese sozialpolitischen Zwecke verwenden, weil noch andere dringlichere Angelegenheiten zu berücksichtigen seien.

Was unter diesen dringenden Angelegenheiten gemeint ist, das wurde dann von dem Vertreter der Kommunistischen Partei in aller Schärfe entlarvt. Man hat wohl Gelder übrig für die Streikfrohorganisation der Technischen Kräfte, man läßt zurecht militärische Übungen veranlassen, die immense Geldsummen verschlingen, und man hat immer Gelder übrig für die Polizeipolizei vom Schlag Haarmanns. Man läßt die Erben des gewaltigen Inflationsschwindlers Stines ungeschoren, aber man bestift die Unverschämtheit, halbberuhten Frauen und Kindern der Erwerbslosen ganze 30 und 23 Pfennige am Tage anzubieten.

Ebenfalls lehnte der Finanzminister die Erhöhung der Renten der Veteranen von 1870 von 8 Mark auf 15 Mark monatlich ab. Wieder muß betont werden, daß sich die Vertreter des Zentrum und den Ausführungen des Finanzministers besonders gefällig zeigen. Selbst die Bewilligung der lächerlich geringen Summen vom Sozialpolitischen Ausschluß, denen sie im Sozialpolitischen Ausschluß noch zustimmten, ließen sie nurmehr im Haushaltsausschuß gleit fallen und trafen in bedeckten Ausdrücken vor diesem Finanzminister der Schwerindustrie zu Kreuze.

Bei der Abstimmung um die strittigen Punkte gab es eine kleine Ueberzahlung. Der Antrag des Reichsbeschädigten-Ausschusses auf Gewährung der oben gekennzeichneten Verbindungen wurde mit knapper Mehrheit, 12 gegen 10 Stimmen, angenommen. Ebenso wurde mit ganz geringer Mehrheit angenommen die Erhöhung der Renten der Veteranen von 8 auf 15 Mark monatlich. Der Finanzminister tat nach Annahme dieser Anträge so, als sei damit der Vorstoß des Reiches befehligt. Er redete von der nahen Inflation und es fehlte nur noch, daß er sofort seine Demission eingereicht hätte. Aber das zu tun hätte er sich wohlweislich.

Ueber die Bewilligung der Summe für die Familienzuschüsse der Erwerbslosen soll heute unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit der Deduktion verhandelt werden.

Die Vertreter der Bourgeoisie haben damit bekundet, daß sie die vielen Tausende von eingekerkerten Proletariern rückfälliges im Gefangenhaft halten wollen. Das ist eine freche Provokation der gesamten arbeitenden Bevölkerung, die ihr Lechtes für die proletarischen Gefangenen gibt und ihre Freizügigkeit will. Die deutsche Arbeiterklasse wird durch die Entscheidung des Reichsausschusses gemeint, mit verlorener Energie um die Befreiung ihrer proletarischen Brüder zu kämpfen. Denn nur unter einer unwürdigen Massenarbeit könnte nach dem Reichstag eine Annahmestrichen abgezwungen werden, denn die entmenschte künftige kapitalistische Klasse pariert nur auf die Argumente der Macht. Darum heraus, protestiert und fordert überall!

Die SPD, muß gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Sie wird sich entscheiden müssen, ob die Verweigerung der Annahmestrichen für 7000 Proletarier ein gerechtes der Grund ist, dieser Kerkermeister-Regierung Marx-Jares das Vertrauen zu entziehen. Aber auch die christlichen Arbeiter müssen ihre heuchlerischen Führer für ihre unmenslich grausame Haltung zur Rechenschaft ziehen. Sie mögen bedenken, daß viele christliche Arbeiter vom Kapp-Putsch her im Kerker sitzen. Überall in Deutschland muß sich verklärt der Ruf erheben: Heraus mit den politischen Gefangenen!

### Schredensurteil im Königsberger Kommunistenprozess

#### Wißel und Metallarbeiter-Brandes schiden Arbeiter ins Zuchthaus

(Eig. Draht.) Königsberg, 20. Juni.

In dem Königsberger Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wurden folgende Urteile gefällt:

Es wurden verurteilt gegen Delvendahl 7 Jahre Zuchthaus, gegen Kaiser 6 Jahre Zuchthaus, Seibold 5 Jahre Zuchthaus, Baumann 4 Jahre Gefängnis, Raubich 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, Warwel 2 Jahre Gefängnis, Lorenz, Hoffmann, Medelburg und Pollicke je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Drei Tage lang hat dieser Prozeß gegen unsere Parteimitglieder gedauert, dem folgenden Inhalt zugrunde lag. Am die Zeit, als in Königsberg und Umgebung an ihrem Parteitag, gründeten auch in Königsberg die Kommunisten eigene Parteien. Zahlreiche Waffen fanden ihnen zur Verfügung. Auch der

Auslöser von Jahrzehnt auf Schloß Pommern hatte in einem alten Turm 500 Gewehre schupferig gelagert und wollte sie den Parteien zur Verfügung stellen.

Am diesen ihre Schlagkraft zu nehmen, entschlossen sich die

Arbeiter die gegen sie bestimmten Waffen zu beschlagnahmen und zu zerstören. Die Arbeiter hielten also einen Teil der Waffen aus dem Turm.

Das ist das Verbrechen, das unseren Genossen zur Last gelegt wurde. Darum wurde jenes, oben gemeldete Verbrechen gefaßt. Ein anderes war von dem Reichsgerichtshof — Genatspräsidentenedner — nicht erörtert. Er ist derjenige der, wie wir am Freitag meldeten, die Sowjetregierung unwürdig beschuldigte, indem er den angeklagten Jugendgenossen Warwel, der die Schändlichkeit einer von der kommunistischen Jugend Banden der deutschen R. J. geschehenen Raubmissetats, antrieb: „Sind Sie denn so stolz auf sich einen russischen Rehm?“ Diese provokatorische Frage zeigte wiederum als den bürgerlichen Richtern, dessen ganzer Lebensgesang in der Entwertung revolutionärer Arbeiter besteht.

Aber das die Wißel, sozialdemokratischer Reichsminister a. D., und Brandes, der frühere Väter, Mann vom Metallarbeiterverband aus Eutinort, als Väter des Staatsverbrechens dieses Schandurteils mitschuldig, ist so furchtbar, daß diese Tatsache den letzten Arbeiter aus der SPD, legen muß. Es ist das letzte Glied in der antikomunistischen Tätigkeit der Sozialdemokraten: Niederschlagung der Arbeiterkraft durch Roste und Söhnlein, der Niederschlagung der bürgerlich-bürgerlichen Arbeiterregierungen mit Zustimmung R. Schmids, Adrads und Seifmanns, das Verbot der SPD durch Ober und jetzt die Verurteilung von fünf hundert Arbeitern durch die SPD in Königsberg — wahrlich, die Bourgeoisie kann stolz auf die Sozialdemokraten sein, von denen die Arbeiterklasse sich heute voller Ekel abwendet.

Krieges schuldern Millionen und aber Millionen Proletarier der bürgerlichen Welt ihren Hof ins Gesicht. Sie gebenden der vielen Millionen Leiden und ehenwörter Millionen Krüppel.

Und wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder an solchen Festtagen die Jahre des Abdrusses verfluchen werden, dann werden sie jener gedenden, die diese Schändlichkeit der-apolitische Grundlagen geben haben. Sie werden der Reformisten und Gewerkschaftsbürokraten gedenden, die Zwick und Zerlegung in die internationale Arbeiterbewegung gebracht haben. Sie werden der „Dienst“ gedenden, die jene den wertstätigen Massen aller Länder erwiesen haben, und während sie all dessen gedenden, werden sie auf ihre Banner neben die Losungen: „Nieder mit dem Kapitalismus“, „Nieder mit der parlamentarischen Reaktion“ — schreiben: „Nieder mit dem internationalen Reformismus“, „Nieder mit den Sozialpatrioten“, „Fort mit den Väter der Arbeiterklasse aus den Arbeiterorganisationen!“

## Sozialdemokratie und Sachverständigenrat

Der Sozialdemokrat Professor Hirsch erklärte in einem Referat über die Bedeutung des Dames-Gutachten für die Verbraucher, von der Annahme des Gutachtens sei zweifellos eine Befreiung der Wirtschaft zu erwarten. Weniger aus der Aufhängungs- und Abhängigkeit, die schon teilweise vorgelegene Vorkriegs, sondern aus dem Wegfall der Stimmungen unter Wirtschaft. Herr Hirsch unterliegt die Tatsache, daß die Bindung der Wirtschaft, die bisher nur im Rhein-Ruhrgebiet vorhanden war, nun auf das übrige Deutschland ausgedehnt wird. Ausdrücklich werden im Sachverständigenrat die Entente-Kontrollkommissionen, die die Wirtschaft leiten sollen, in den Vordergrund gehoben. Herr Hirsch muß selber zugeben, daß die deutsche Wirtschaft unter einer Mitbeeinflussung außerhalb der Interessen kommt. Wie er diesen Satz mit seinen ersten Ausführungen vereinbaren kann, ist nicht klar. Nach Hirsch kann die deutsche Wirtschaft nur gelandet durch den Wegfall der Wirtschaften in Fehlbau, Industrie und Landwirtschaft durch Steigerung der Kapitalbildung. Der Sozialdemokrat Hirsch setzt sich hier als direkter Agent der Montanindustrie, die die keine und Mittelindustrie befehlen will. Von der Bekämpfung der nationalökonomischen Kontrolle der Produktion ist er selbstverständlich nicht. Er tritt mit aller Energie dafür ein, daß der Konzentrationssproß durch die Sozialdemokratie bewußt nicht unterliegt werden soll. In einer Resolution, die nach seinem Referat angenommen wurde, heißt es:

„Die durch die Annahme des Gutachtens geschaffene vorläufige Befreiung Deutschlands schließt für die proletarische Organisation diejenige Bewegungsfreiheit, deren sie dringend bedarf, um den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie mit Kraft und Konsequenz aufnehmen zu können.“

Das Sachverständigenrat, das für die Proleten Massenarbeitslosigkeit, Hungernöte und Zusammenbruch bringt, ist eine proletarische Organisation Bewegungsfreiheit verschaffen. Weiter kann man die Tatsachen nicht verkennen. Oder meint Herr Hirsch, daß nach Annahme des Sachverständigenratens das Entente-Kapital zur Unterstützung der deutschen Revolution seine Truppen und seine Vorkriegsbesatzung (siehe Saargebiet) einsetzen wird, um, wenn auch nicht dem Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie, so doch der Sozialdemokratie im Kampf gegen die kommunistischen Bewegungen freier verschaffen wird?

In einem anderen Kommentar zum Dames-Gutachten, der von Wiffel und dem Bauernführer Heinig verfaßt ist, wird ebenfalls der Weibild der Verfasser des Sachverständigenratens gezeichnet:

„Das Dames-Gutachten ist die Aufhebung und Durchführung des Diktats von Versailles zugiebt!“

Wenn das Diktat kein Teil ist, so ist das entscheidend eher jehüthische Spitzbüberei als Marxismus. Herr Heinig hat aber zum Teil recht, das Diktat von Versailles wird durchgeführt werden und zum Teil aufgehoben, das heißt, verändert werden. Aber das ist ja selbst ausgedehnt, das Dames-Gutachten eine lebendige Revolution der Bestimmungen des Verfalls Vertrags darstellt. Die Sachverständigenratens haben die volle politische Aufgabe gehabt, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu politisieren. Dabei werden in dem Kommentar die Bestimmungen über Sicherheitsgarantien über die Kontrolle durch die Entente-Kontrollkommissionen und die militärischen Sanktionen unterschlagen. Das Schreiben Dames, das Strafen über die „Grundrechte der Gerechtigkeit, der Willigkeit und des gemeinsamen Interesses von Deutschland und seinen Gläubigern“ enthält, wird als Vorbild des „amerikanischen Ethos in Verbindung mit höherem Geschäftssinn“ gepriesen. Wiffel erzählt wieder die alten Märchen, daß man jetzt nach Annahme des Sachverständigenratens zu einem wirtschaftlichen Frieden in Europa, zur Wiederherstellung von Deutschlands Wirtschaftseinheit und Souveränität kommen werde. Auch hier wieder wird vergessen, daß durch Annahme des Sachverständigenratens die deutsche Regierung nur Waffensiegung der Entente imperialistischen ist, daß kein Recht hat, eigene Kantone herauszugeben, die alle ihre Gesetze und Verordnungen erst der Entente zur gefälligen Genehmigung vorlegen muß. Die Bestimmungen des Sachverständigenratens, daß Deutschland in erster Linie für die Reparationszahlungen zu sorgen hat, wird folgendermaßen kommentiert:

„Kann denn ein Land, das einen Krieg verloren hat, sich darüber beschweren, daß man es nicht in sein Erbe fallen lassen will, aus seinen Hülsen herausschneiden, was ihm beliebt?“

Dies Diktat der Entente über das deutsche Proletariat wird dadurch gerechtfertigt. Nur an einer Stelle werden Wiffel und Heinig erlaucht, wenn sie erklären, „bei uns in Deutschland wird noch auf lange Jahre hinaus Schmalhans Rühmchen bleiben“. Trotzdem erklären sie, gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft muß der Plan der Sachverständigenratens angenommen werden. Die Bestimmungen über die Präzisierung der Reparationszahlungen, die ausdrücklich fordern, daß die Eisenbahn jeder Kontrolle der Regierung entzogen wird, werden von dem sozialdemokratischen Kommentar ins Gegenteil verkehrt. Die deutsche Regierung befindet sich nicht rechtlich, aber doch tatsächlich die Tarifpolitik. Schließlich hat jedoch die deutsche Regierung nicht mehr über die deutsche Eisenbahn zu sagen. Gerade die Tarifpolitik der Eisenbahn wird nur durch den Kommissar der Entente bestimmt.

Die Sozialdemokraten versuchen alle möglichen Verordnungsmaßnahmen, um das Sachverständigenratens dem Proletariat schmackhaft zu machen. Viele Arbeiter fallen auch nach den passivistischen Diskussionen über die Einigung durch den Dames-Plan zum Opfer, um so mehr hat jeder einzelne Genosse die Pflicht, überall im Betrieb, auf der Straße, im Hause, unter allen Berufsgruppen, zu zeigen, daß das Sachverständigenratens, das zweifelhafte Mittelharde Diktat für sich als den Knochen der deutschen Proleten herauspressen will, untragbar ist. Die Massenentlastung bei der Eisenbahn, die Stilllegung der Salz- und Zementfabriks-Industrie — in Deutschland sollen ja nur die natürlichen Erzeugnisse für den Ausfuhr bearbeitet werden — die Herauslösung der Steuern, werden das Leben des deutschen und internationalen Proletariats nur verschärfen. Der Kampf dagegen kann aber nicht, auf sozialdemokratische Weise durch das Eintreten für die Großindustrie, sondern nur durch den revolutionären Klassenkampf, durch die Aufklärung der Diktatur des Proletariats geführt werden.

### Süßlenkündigung

(WZ.) Kattowitz, 18. Juli.

Die Martha-Hütte bei Kattowitz ist heute stillgelegt worden. Alle Arbeiter wurden entlassen. In einem Briefchen teilte die Direktion mit, daß sie jetzt nicht legen könne, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

## Der zitiere Kuttner als Berichterstatter im Nordauschuh

### „Kreie Bahn dem Tüchtigen!“

Am vergangenen Sonntag verlas am 17. Juli Genosse Dahlem folgende Protokollfassung der kommunalistischen Fraktion: Der in der Sitzung am 30. Mai d. J. beauftragte und befristete Untersuchungsausschuss hat zu seinem Generalbericht erstattet den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner gemacht.

Kuttner hat den Arbeiter E. G. B. in den Januar-Tagen 1919 erschossen. Dies ist durch die Erkennung des Schöffengerichts Berlin Mitte, Abteilung 147, wie durch das Urteil der Präsidialkammer festgelegt worden. Das Urteil des Schöffengerichts lautet: „Nach allem dem hält das Gericht den Beweis durch den Angeklagten für erbracht, daß der Zeugnisaussage in den Berliner Revolutionen einen Parteigenossen ohne zwingenden Grund, also rechtmäßig erschossen hat, und daß der Angeklagte, wenn er dies in einem Briefe als Zeuge mit den Worten: „ermordet hat“ ausbricht, nichts Unmaßes behauptet hat.“

Die zweite Instanz hat zwar angenommen, daß Kuttner in „Rechtung, Furcht und Schrecken“ gehandelt, mithin gefällig die Verantwortung gewiesen sein müße, als er die Tat verübte. Die Instanz hat aber gleichzeitig (in ihrer schriftlich formulierten Aussage) den Zeugen mitteilt, daß der Zeuge (der Arbeiter) hätte gehandelt, um die Angelegenheit der Sache (der Arbeiter) zu beenden. Wörtlich heißt es:

„Dies ergibt sich nicht nur aus dem Umstand, daß auch ein Arbeiter an sich ausreicht, dem Gefährlichen den Furcht zu unterbinden, sondern auch aus dem Stimmungsbericht, der nach dem ersten Schuß bei G. B. zu beobachten war und in der Frage zum Ausdruck kam: „Kuttner, was machst du?“ Dieser Schuß, wahrheitlich der letzte, war also nicht erforderlich im Sinne des § 53 Abs. 2 StGB.“

Die kommunalistische Fraktion protestiert vor dem Haus und vor der gesamten Öffentlichkeit gegen die vorliegende Zeitschrift, daß ein Mann, dessen Tat selber zu den ungeliebten Fällen rechnet, bei denen der Untersuchungsausschuss den Verfall der Qualität nachprüfen hätte, eine solche Funktion durch den Ausschuss übertragen erhält.

Sie protestiert gegen die Mitgliedschaft des Kuttner in diesem Ausschuss.

Sie protestiert gegen die Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Fraktion, die ausgerechnet Kuttner in diesen Ausschuss delegiert hat. Die kommunalistische Fraktion erklärt, daß die ganzen Arbeiten des Untersuchungsausschusses, wie wenig man sich auch von ihnen versprochen hat, durch die vom Ausschuss selbst geschaffene Tatsache, daß ein Kuttner von ihr als Berichterstatter gemacht wurde, noch vornehmlich auf das Schamlose diskreditiert und vor der ganzen Welt verächtlich worden sind.

## Severings Untersuchungskommission arbeitet gut

(WZ.) Hannover, 20. Juli.

In dem am Veranlassung des Ministers des Innern von der Staatsanwaltschaft zur Klärung des Verhaltens der hannoverschen Polizei im Falle Haarmann eingeleiteten Untersuchungsausschusses hat sich der Bericht über die Verhandlungen nicht ergeben. Es ist bekannt, ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Beamte des Polizeipräsidiums bisher nicht eingeleitet worden. Wegen einzelner in dem Verfahren zugetretener Mafschlichkeiten sind mehrere Beamte bis zur Beendigung des Untersuchungsverfahrens vorläufig von der Ausübung des Dienstes entbunden worden.

### Schon?

Die Gerichtsvoruntersuchung gegen Haarmann eröffnet

(WZ.) Hannover, 20. Juli.

Auf Antrag des Staatsanwaltes ist heute die Voruntersuchung gegen Haarmann und Grans eröffnet. Sie richtet sich gegen Haarmann wegen Mordes in 17 Fällen. Weitere 8 Fälle bedürfen noch der polizeilichen Klärung.

## Der Justizmord an dem Genossen Raich

Bestimmungen des Untersuchungsausschusses des Württembergischen Landtages

Auf Antrag der kommunalistischen Landtagsfraktion hat der württembergische Landtag einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, welcher den Justizmord an dem Genossen Raich untersuchen soll. Genosse Raich wurde nach einer Sitzigen Untersuchung, daß zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Selbstmann stand trotz er seine Strafe im Januar d. J. an und kam unter den fürchterlichsten Qualen Anfang Juni im Württembergischen Gefängnis. Der dortige Gefängnisarzt hatte trotz wiederholter Befragung einer Sachverständigenkommission keine Anzeichen der Verletzung der Strafe festgestellt und erklärt, daß nur Erkränkungen eine solche Erscheinung erklären.

Interessant ist nun, was der bürgerliche Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, Herr Dr. Ellig über den Tod des Genossen Raich mitteilt: Die Strafurteilung durch den Genossen Raich sei nicht nur von Mitgliedern der kommunalistischen Landtags-

fraktion, sondern auch von dem Zentrumsabgeordneten Ellig habe die Fraktion

Bestandteil seiner Antipathie schuldig gemacht. Er ließ seinen Antipathie darüber, daß die Strafurteilung nicht ohne Schuld am Tode des Genossen Raich gewesen sei.

Der Landtagsabgeordnete Müller stellte fest, daß die Behandlung des Genossen Raich eine andere gewesen sein würde, wenn Raich nicht Mitglied der kommunalistischen Partei gewesen wäre. Die Handlungen der Strafurteilung sind jedoch nicht ein Ausdruck der Feindschaft gegenüber kommunistischen Arbeitern. Für die Bestrafung ist es bestimmt, daß ausgerichtet die Staatsanwaltschaft ein Zeugnis für die Verurteilung von Unbegünstigten herangezogen werden.

Der Untersuchungsausschuss des württembergischen Landtages hat beschlossen, die Untersuchung an Ort und Stelle weiterzuführen. Die Arbeiterschaft wird sich aber nicht täuschen lassen. Weiter Ende wird der parlamentarische Untersuchungsausschuss nichts weiter als den Schein seiner Willkür machen und das Opfer des Justizmordes wieder ungeschützt bleiben. Eine Kräfte hat der anderen kein Auge aus!

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

In der 31. Nummer der Zeitung des Reichsbanners wendet sich der Arbeitermörder Kuttner gegen die Diktatur. Die Sozialdemokratie habe in der Partei, Antipathiepropaganda zu machen. Mit stolpernden Worten heißt man als Deutscher (1) heute noch das Telegamm der Dörfler Heeresleitung vom 3. Oktober 1918.

Wie Frontsoldaten, so beschließt sich Kuttner und wendet sich gegen die „Reinigtiger unerschrockener Arbeiter“, die die Diktatur von den Frontsoldaten her Kuttner sollte es nicht mehr nötig haben, seine militärische Einstellung zu bekunden. Die revolutionären Arbeiter glauben sich gern, daß er kein Kriegsgegner ist.

In derselben Nummer des Reichsbanners wird eine Erklärung eines großen deutschen Volkswirtschafters in München gegeben, das vom Reich für das Deutschtum im Zustand einem der ältesten Zweigvereine der Arbeiter, verurteilt worden war. Es ist nicht zu sehen, die die wichtigsten und mächtigsten Teil der Teilnehmerhaft gestellt zu haben.

Im übrigen wird die alte kommunistische Fortsetzung. „Am Reichsbanner kehrt starke Reue, den revolutionären Schönermeiern Schändchen zu bringen.“ Wenn das nicht eine Aufforderung zum Mord sein soll, so möchten wir gern wissen, was das Reichsbanner sonst damit gemeint hat. Es fällt ihm würdig an die Seite der Mörderorganisationen des Landtages.

## Toller beim „8-Uhr-Abendblatt“

Der passivistische Dichter Ernst Toller hat sich nach seiner Entlassung aus der Festungshaft sofort von dem bürgerlichen „8-Uhr-Abendblatt“ austragen und seinen lassen. Das Internum Tollers fordert sofortige Amnestie für die Teilnehmer an der Räterepublik.

Seine Unterstützung der proletarischen Forderung auf Amnestie in Bayern ist zu begrüßen. Aber Toller geht in seinen Erklärungen fülligweidig über wichtige Punkte seiner eignen Tätigkeit während der Rätereit und auch in der Festung hinweg. Toller hat mündlich und schriftlich während der Rätereit die Kommunisten auf das höchste angegriffen, einzelne von ihnen sogar persönlich verurteilt. Es ist unmöglich, wenn Toller sich jetzt so stellt, als habe er stets Lenin und Lenin verteidigt. Toller hat im Gegenteil beide, wie die gesamte kommunistische Partei, gegen ihre angeblichen „überflüssigen Gemalten“ angegriffen.

Toller hat dann weiter im Gefängnis seine Polemik gegen die Kommunisten fortgesetzt, gegen die gegen die Gegenüberwärtung und der Staatsanwaltschaft. Als die „Rote Fahne“ vor einigen Jahren einen Artikel über die Blauweisse Schmach in Niederösterreich veröffentlichte, heulen sich Toller und seine Freunde, im Gefängnis vor dem Staatsanwalt schriftlich zu erklären, daß sie nicht Verfasser des Artikels seien, die angeblichen Unbeherrschung des Artikels haben und mit der Gruppe der kommunistischen Genossen nichts zu tun hätten. Die Folge dieser Erklärung war, daß Toller und seine Anhänger in Genuß mancher Freizeidungen der Festungshaft blieben, während die übrigen, darunter auch Wiffel, monatlang über „Reinigtigung“ herabur wurden. Der Staatsanwalt schickte dazu die Erklärungen Tollers in der Diktaturhaft gegen die württembergischen Genossen aus.

Toller muß sich erst von seiner eigenen Vergangenheit lösen, wenn er das Recht beanspruchen will, im Namen aller proletarischen Genossen Bayerns in der Öffentlichkeit aufzutreten.

## Der „Kronprinz“ beim Berliner holländischen Gelände

(Eig. Dr. Schm.) Amsterdam, 18. Juli.

Die holländische Sozialdemokratie brachte im Parlament eine Interpellation ein, aus der hervorgeht, daß der Berliner Gelände der Niederlande mit dem holländischen Kronprinzen intime Beziehungen unterhält. Der „Kronprinz“ wurde u. a. zu einem diplomatischen Empfang bei der holländischen Gesandtschaft in Berlin. Die deutschen Behörden wurden ebenfalls informiert, daß die Berliner ausländischen Gesellschaften ihre monarchistische Konspirationen leiten.

## Helft den eingekerkerten Brüdern!

Das Zentralkomitee der Rote Hilfe Deutschlands hat mit der Zentrale der SPD beschlossen, die Kampfwache für die Befreiung der politischen Gefangenen und für die Internationale Rote Hilfe zu machen!

Diese Kampfwache soll in der großzügigsten Weise durchgeführt und durch die Herausgabe von Broschüren und reichlichem Propagandamaterial unterstützt werden.

Die Energie und Intensität, mit der sich das revolutionäre Proletariat Deutschlands der proletarischen Opfer des Klassenkampfes in der letzten Zeit angenommen hat und die sich gewiß auch in der kommenden Kampfwache zeigen werden, sind im Interesse der Tausende politischer Gefangener zu begrüßen. Wir möchten aber nicht verschmähen, in diesen Tagen, da die deutschen Arbeiter um die Befreiung ihrer Gefangenen kämpfen und für die Unterstützung der Familien der eingekerkerten sammeln, auf ein wichtiges Moment hinzuweisen:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Aktivität, die Ihr in diesen Sammel- und Kampftagen für die politischen Gefangenen, für die Rote Hilfe entwickelt, und die Empathie, die Ihr bei allen Gebenden für die Revolution, für den Klassenkampf, weit, geht es zu finden. Alle diejenigen, die an den Reihen unserer eingekerkerten Bräutigamskämpfer Anteil nehmen, sind

sie eine deutsche Organisation der Internationalen Rote Hilfe zu gewinnen. Ihr müßt in diesen Tagen darauf hinwirken, daß es nicht nur genügt, wenn einer einmal sein Geschick gibt, sondern

daß sich jeder Arbeiter verpflichten muß, jedes Mitglied unserer Organisation zu werden.

Die Internationale Rote Hilfe hat heute in England bereits zwei Millionen Mitglieder.

In dieser Organisation hat England alle sympathisierenden der revolutionären Kampfes und den revolutionären Kern der Partei zusammengefaßt und bietet auf diese Weise der Revolution.

Das muß auch in Deutschland geschehen!

Schöne Anläufe wurden z. B. in Hamburg bereits gemacht. Die nächste Kampfwache vom 3. bis 10. August muß ein solches Ziel in sich schließen. Die Internationale Rote Hilfe hat in allen Parteien Deutschlands Organisationen für auf dieser Basis läßt sich eine ausreichende und systematische Befreiung der Revolutionen durch „Rote Hilfe“ garantieren. Neue Kämpfe gehen auch dem deutschen Proletariat bevor. Die Befreiung einer Rote-Hilfe-Organisation gehört in den Internationalen Kampf der revolutionären Proletariats. Und der Weibe Toller müßt heute so glücklich, daß er nicht genug Hilfsmittel bereitgestellt werden, auch wenn die ausländischen Kameraden noch so große Anstrengungen machen.

Darum: Werb Mitglieder für die deutsche Organisation der Internationalen Rote Hilfe!

Sticht in Betrieb, und Gewerkschaftsvereinigungen Beiträge auf kollektivem Beitritt mit jedem Beitrag zur Rote Hilfe!

Erkämpft auch die Freiheit Eurer politischen Gefangenen!

Schwerwiegend in Eurer Arbeit ist die Rote Hilfe!

Zentralkomitee der Internationalen Rote Hilfe

Mittelpostfachbüro.

**Der Erbschaftsteuerbetrug von Stinnes Erben**

Die kommunalistische Reichstagsfraktion hat folgende Anfrage an den Reichsfinanzminister gerichtet:

Durch die Presse ist die Meldung gegangen, daß die Erben des kürzlich verstorbenen Schwerindustriellen Stinnes in den reichsten Mannes in ganz Deutschland, bisher keinen Pfennig Erbschaftsteuer an das Reich entrichtet haben.

Es ist in der gesamten Welt ein öffentliches Geheimnis, daß Hugo Stinnes nicht nur während des Krieges große Kriegsgewinne aus Kollern des Reiches zog, sondern auch nach Beendigung des Krieges ungeheure Lagerungsgewinne realisierte und insbesondere durch den deutschen Gesamtindustriellen unter Hugo Stinnes hervorragender Führung planmäßig herbeigeführt und bis zur völligen Vernichtung der Marktwährung fortwährende Entwertung der deutschen Mark unerschöpflich Inflationsergebnisse eingehemft hat.

Diese Reparations- und Inflationsgewinne gingen fast ausschließlich und unmittelbar zu Kollern der Familien der reichhaltigen Wälfen in Stadt und Land, den Löhnen und Gehältern empfangen wurde, während die letzte Existenzgrundlage unter den Füssen weggezogen, während ein großer Teil der Mittelschichten der reichsindustriellen Entemlung und Existenzvernichtung anheimfiel. Ein Teil dieser Inflationsergebnisse wurde ins Ausland verbracht, um bei dem Zugriff der Steuerbehörden zu entziehen, während der Rest nur planmäßig und großzügigen Ausnutzung der Klein- und Mittelverträge und damit zur Existenzvernichtung des Mittelstandes Verwendung fand.

Wir fragen deshalb den Herrn Reichsfinanzminister:

1. Ob die Erben von Hugo Stinnes tatsächlich keine Erbschaftsteuer an das Reich entrichtet haben?
2. Wenn doch, in welcher Höhe ist Erbschaftsteuer gezahlt haben oder noch zu zahlen haben?
3. Wenn nicht, welche einschneidende Maßnahmen das Reichsfinanzministerium zu treffen gedenkt, um die Erben des deutschen Kriegs-, Reparations- und Inflationsgewinners Deutschlands zu jenen der in Folge der Inflationserleichterung entleerten, schwer notleidenden und mit Steuern aller Art fast erdrückten Arbeiter- und Mittelschichten noch nachträglich zu einer empfindlichen Erbschaftsteuerleistung zu zwingen?

Berlin, den 17. Juli 1924.

Man darf auf die Antwort Luthers auf diese Anfrage gespannt sein. Bekanntlich hat er ja erklärt, daß die weitere Besteuerung der bestehenden Schichten ein Traum sei. Ob er die Freiheit besitzen wird, auch die maßlosen Steuerhinterziehungen der Milliarden Goldmark besitzenden Familie Stinnes zu verteidigen, bleibt abzuwarten. Wie aber auch des Finanzministers Antwort ausfallen mag — eine Anwendung dieser ungeschwehlichen Ungerechtigkeiten, daß die Armen alle Steuerlasten tragen müssen, während die Reichen keinen

Pfennig bezahlen, ist nicht eher zu erwarten, als bis das Proletariat die Macht erkaufte und reichhaltigste der Kapitalisten enteignet.

**Abgebaute Beamte erhalten keine Erwerbslosen-Unterstützung**

Die Wirkungen des Sachverständigenratens

Der Amtliche Preussische Presbident mitteilt: Nach § 4 Abs. 1 der Reichsverordnung über Erwerbslosenerfüllung vom 16. Februar 1924 darf Erwerbslosenunterstützung nur gewährt werden, wenn der Erwerbslose in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Unterstützungspflicht mindestens drei Monate hindurch eine trautesicherungsähnliche Beschäftigung ausgeübt hat. Infolgedessen sind die der Amtliche Preussische Presbident aus einem hierzu ergangenen Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, die abgebauten Beamten von der Erwerbslosenerfüllung ausgeschlossen. Der Reichsfinanzminister hat es abgelehnt, von der nach § 4 Abs. 2 der genannten Verordnung eingeräumten Befugnis auf Bewährung einer Ausnahme beim Reichsstaats-Gehaltsabzug zu machen, so daß es bei der Nichtgewährung der Erwerbslosenerfüllung an abgebaute Beamte sein Bewenden behält.

Die unteren und mittleren Beamten, die ohne Wartegeld aufs Kissen geworfen wurden, werden dem Verhängnis preisgegeben. Das ist eine unerhörte, brutale Maßregel. Man will die abgebauten Beamten zwingen, sich um jeden Preis zur Arbeit anzubieten, um das allgemeine Lohnniveau zu senken, gleichzeitig bedeutet die Maßnahme den Beginn der Durchführung des Sachverständigenratens. Mit abgebauten Beamten fängt man unter einer fädelartigen juristischen Spinnwebigkeit an, den übrigen Erwerbslosen wird nach dem Sachverständigenratens in Kürze ebenfalls die Unterstützung gestrichen werden.

Die unteren und mittleren Beamten, die abgebaut sind oder vom Abbau bedroht sind, müssen sich mit den Arbeitern und Angehörten zusammenschließen zum geschlossenen Kampf gegen die mörderischen Ausnutzungen des Sachverständigenratens, gegen diesen Raubpakt selbst.

**Kurzarbeit im Ruhrbergbau**

(Eig. Drahtf.) Essen, 21. Juli.  
In zahlreichen Bezirken des Ruhrgebietes sind Feuer nichten eingeführt worden. Infolgedessen müssen täglich etwa 25 000 Bergleute feiern. Diese Feierlichkeiten sind eingeleitet auf den Zeichen Gra

Schwerin, Mathias Stinnes 1/2 und 3/4, Wittelin, Klosterbusch, Kurt Hardenberg, Hans, Germania 1/2, Bonifacius, Prinzregent, Deutschland, Friedrich der Große, Zeitzungen, Altkatholik, Golden 2, Hermann, Christian, Edwin, Johannes, Hans, Hansfeld, Heddinghausen 1/2, Bismarck, Münsterlein, Westfälischer.

Die Ruhrkapitalisten gehen zur offenen Produktionsblockade über, um die Last der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Arbeiterkraft muß sich die Wiedereröffnung der Betriebe und die Weiterführung der Produktion unter Leitung und Kontrolle der Betriebsräte erkämpfen.

**Ein Unternehmer kann den Lohn nicht zahlen, aber 5000 Mark Darlehen gegen gute Zinsen geben**

(Eig. Drahtf.) Solingen, 21. Juli.  
Ein für die Produktionsblockade der deutschen Ausbeuter außerordentlich kennzeichnender Vorgang spielte sich in Solingen ab. Ein Heimarbeiter, dem seit Wochen sein Unternehmer keinen Lohn mehr gezahlt hatte mit der Begründung, die Kreditnot und die Eisenbahnbetriebe machten das unmöglich, inserierte in einer Zeitung nach einem Darlehen gegen gute Zinsen. Angebote waren an die Expedition der Zeitung gerichtet. Unter den eingehenden Angeboten befand sich eines keines eigenen zahlungsunfähigen Unternehmers. Es lautete:  
Bis 5000 Mark gegen monatlich 3 Prozent Zinsen. Das sind jährlich 36 Prozent, sofort auszahlbar.  
Mit diesem Angebot in der Tasche forderte der Heimarbeiter seinen Lohn. Der Unternehmer hat ihn sofort erlassen. Man darf auf das Verhalten der Justiz gespannt sein.

**Aus der Partei**

Wagung, Spigel!  
Die kommunalistische Jugend wartet auf einem gewissen Bönes, der unbeherrschbar und anständig im Auftrag der Partei Bilder und Wandplakate revolutionären Inhalts verkauft. Ebenso wird vor einem ansehnlichen Wiener Flüchtling Josef von Berghammer, aus Heinrich Wettemeyer genannt, gewarnt, der die Parteiorganisationen auszunutzen versucht, indem er sich als Oltobersämpfer ausgibt. Beide verdienen, Nachfragen über die Partei zu sammeln.

**Postbezieher!**

Gibt die Bestellung auf den „Klassenkampf“ sofort an, dann trifft er ab 1. August pünktlich ein.  
Der Verlag.

**The Hottentot**  
Achtung! Kluge Hausfrauen!  
Sie verdienen viel Geld, wenn Sie Ihre Lampen nicht an den Greas-Schalter setzen — Sie sparen für Lampen in 10 bis 12 Stk. per Woche. Papier, Eisen, Metall gegen Tagespreis. Hole auch ab!

**Walhalla - Operettentheater**  
Der Welt-Operettenlager  
Schäm Dich — Lotte!  
Operette in 3 Akten von Ernst von Wolf  
Musik von Walter Stromme  
12 große Gesangs- und Tanzszenen!  
Neue Bühnen-Ausstattungen!  
Tageslohn: 11-1 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends

**R. B. D.**  
Ortsgesellschaft.  
Mittwochabend 8 Uhr.  
Vorträge über die Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit der Klassenkampforganisation.

**Anton Scholzjewski**  
Halle a. d. S. Thomaskirchhof 12, Hof 111  
führt alle Hobelmaschinen und Reparaturen in Schuwaren  
aus und bietet die gewissenhaftesten und billigsten Reparaturen bei allen Schäden.

**The Hottentot**  
Achtung! Kluge Hausfrauen!  
Sie verdienen viel Geld, wenn Sie Ihre Lampen nicht an den Greas-Schalter setzen — Sie sparen für Lampen in 10 bis 12 Stk. per Woche. Papier, Eisen, Metall gegen Tagespreis. Hole auch ab!

**Paul Günther, Graseweg 8**  
Hausfrauen!  
kauft nur bei uns! 100 Prozent!

**Der Welt-Operettenlager**  
Schäm Dich — Lotte!  
Operette in 3 Akten von Ernst von Wolf  
Musik von Walter Stromme  
12 große Gesangs- und Tanzszenen!  
Neue Bühnen-Ausstattungen!  
Tageslohn: 11-1 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends

**Der Erfolg einer Anzeige im Klassenkampf ist sicher!**  
Verlangen Sie den Besuch unserer Vertreter.  
KROH

- Grundstücksverkäufe
- Geschäftsanzeigen
- Vergnügungsanzeigen
- Handelsnachrichten
- Kaufangebote
- Reklamoanzeigen
- Stellengesuche
- Handelsnachrichten
- Mietgesuche
- Vermittlungen
- Grundstücksgesuche
- Kinoanzeigen
- Wohnungstausch
- Theateranzeigen
- Unterricht
- Bekanntmachungen
- Geschäftsverträge
- Kauf-geschäfte
- Vermittlungen
- Verkauf
- Versteigerungen
- Konzertanzeigen
- Bankabschlüsse
- Geschäftsverträge
- Hypothekenvorkehr
- Darlehensverkehr
- Stellengesuche
- Vereinsnachrichten
- Bankabschlüsse

**Volksparade**  
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr  
11. Sommerkonzert  
ausgeführt von der Mittelständischen Kapelle  
Leitung Benno Böh

**Leipzig**  
Straße 88  
Der Saigra-Großfilm  
**Mitgliffjäger**  
nach dem Roman Sergius Fantin von G. Ohnet  
Großer Sittenfilm in 5 Akten  
Leo Wentert  
in dem Hauptspiel in 2 Akten  
Professor Rehbein wird energisch  
Im jüdischen Norwegen  
Naturaufnahme  
Beginn 4 Uhr

**Roch's**  
Kunstspiele  
Bunte Bühne  
Abendlohn 8, 9, 10, 11 Uhr  
Das heutige Programm  
Ballett- und Kabarett-Programm!  
6. u. 8. Eintrittspreise

**Dienstag**  
frische  
**Seeische**  
Fischgründe  
größte Auswahl  
Sehr geringe  
Preise  
Hochpreisige  
Sanddinen  
u. m. 22.25

**Parteischriften**  
empfehlen die  
**Volksbuchhandlungen**

**Delandinen**  
1-4/2-Dole 1,25  
Ferner 50, 15, 18, 20, 1,0  
**Karl Pfeiffer**  
Stemannstraße  
Börsen 55, Tel. 6538

**Bekanntmachung**

Die in den Ausmaß der Allgemeinen Ortsanwaltschaft des Kreises Querfurt gewählten  
Zimmermeister Louis Berde, Michael, Arbeiter Hermann Gewalt, Querfurt, und Steinweg Bruno Thier, G. Hagenburg,  
kann den Ausmaß der Allgemeinen Ortsanwaltschaft nicht mehr angehören, da erster keine Karte mehr bei einer Karte befindet, die zu den anderen leisten nicht Mitglied unserer Karte sind. In Folge der vorgenannten sind die auf dem gleichen Wahlort der Vorstände gültig vorgelegenen Gesammter,  
der Zimmermeister Otto Sandrock, Saucha a. U., der Schneider Carl Thiel, Hagenburg, und der Maurer Otto Thiele, Hagenburg,  
als ordentliche Vertreter eingetragt.  
Querfurt, den 18. Juli 1924

**Werbt für den „Klassenkampf“**

- Zeitungsträger**  
für Biebla sofort gesucht. Zu melden bei D. Seidemann, Bachmannstraße 150
- Zeitungsträger**  
für Hohenleipisch sofort gesucht. Zu melden bei Emil Junger, Bahnhofstraße 91
- Zeitungsträger**  
für Heibra per sofort gesucht. Meldungen bei F. Schwabe, Mittelstraße 63

## Das Urteil gegen die Böllberger Kämpfer

Im Prozeß gegen die 19 proletarischen Kämpfer bei Böllberg ist am Sonnabend, dem 18. Juli, nachts 11 Uhr, nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt worden. Von den Angeklagten werden drei durch den Verurteilten wegen Aufruhrs: Jahn zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Müller, der im Besitz einer Handgranate gemein ist, zu 1 Jahr Gefängnis, Schöber zu 8 Monaten, Ehrlich, Kunze Scheibe zu je 7 Monaten, Wejemann, Berndt, Büßemann Seibold und Heller zu je 6 Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte, Schulz und Heber, wurden freigesprochen, die übrigen wurden zu Geldstrafen verurteilt.

In der Begründung teilt der Vorsitzende mit: „Das Gericht hat sich mit der Frage beschäftigt, ob der Deutsche Tag in Halle eine republikanische Kundgebung gewesen ist, oder ob er überhaupt etwas Bermerkliches gewesen ist. Das ist nach Ansicht des Gerichtes geschehen. Nicht gleichgültig ist die Ansicht, die die Angeklagten gehabt haben. Sie haben die Einstellung gehabt, das geht in der Hauptsache gegen uns. Unsere Bestrebungen sollen auf diese Weise verhindert und unterbunden werden, und deshalb müßten wir dagegen vorgehen, um unsere politischen Ideale zu verwirklichen. Das ist strafbar. Strafbar ist auch, daß der Zusammenstoß zu großen Unannehmlichkeiten geführt hat, viel Unglück ist über pflicht-treue Beamte herbeigeführt worden, die zum Teil noch jetzt schwer verwundet sind. Andererseits aber haben wir es hier in der Hauptsache mit Mitläufern zu tun. Es geht dem Gericht gegen den Strich, immer Leute verurteilen zu müssen, die für die Tat nicht verantwortlich sind.“

„Meine Pistole verlor, um mich zu retten, worauf ich mit ihr.“ Er behauptet, den Angeklagten Berndt neben einem Mann mit Sowjet-Koppel gesehen zu haben, den er wiederholt als

bezeichnet. Seine Pistole hat er nachher zurückgegeben, es war kein Schuß daraus abgegeben worden, sie wurde von der Schupo selbst wieder entladen.  
Die Vernehmung der Zeugin Hale bringt ein Rätsel. In den Akten hatte gestanden, als Jahn in ihre Wohnung kam, habe er gesagt: „Ich habe nur zwei Schuß aus der Pistole abgegeben.“ Jetzt bekennen die Zeuginen, daß Jahn dies gesagt habe. Frau Hale will den Zeugnissen nicht lauschen, sie macht einen außerordentlich



Die Urteilsbegründung bemerkt nur allzu deutlich, daß bei der deutschen Antis mit zweierlei Maß gemessen wird. Aus dem ganzen Gang der Verhandlungen hat sich ergeben, daß die monarchistischen, vaterländischen Verbände und die Polizeiorbane der Republik gemeinsam gegen die Arbeitererschaft vorgegangen sind, und das Gericht erklärt näher, es sei ihm gleichgültig, ob der Deutsche Tag überhaupt etwas Bermerkliches gewesen ist. Wir werden auf die Auswirkungen dieses Prozesses noch zurückkommen.

### 2. Verhandlungstag

Auf der ersten Bank bei den Schupo-Platz sitzt Herr Polizeipräsident Runge.  
Er wurde bei seinem Eintritt ehrfürchtig begrüßt und verfolgt mit großer Genugung die Verhandlung.

Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Siebert ist ein Gutachter über den Gesundheitszustand des Angeklagten Wejemann. Er kann nicht feststellen, Wejemanns Wille ernstlicher oder pflichtlicher Art ist und behauptet, daß Wejemann im Falle, seine Auslassung zu machen, wie er die Dinge erlebt hat. Trotzdem muß er zugeben, daß Wejemann als psychopathisch gilt und außerordentlich leicht beeinflussbar ist.  
Zwei Oberlandjäger sagen aus, daß sie den Zug beobachtet hätten, daß sie aber keine Führer bemerkt hätten. Der Vorsitzende fragt den Oberlandjäger Heber, ob er nicht mehrere oder der Zug in Überleitung oder Kompagnien marschiert sei, Heber bekennt dies.  
Die Zeugin Schmidt berichtet, daß in ihrem Restaurant 30 bis 40 Sanitäter übernachtet haben. Es waren zwei Kerle dabei. Als man am nächsten Morgen nach Halle hinauswollte, hatte die Schupo abgeherrt. Die Sanitäter wurden infolgebehalten nach der Richtung Böllberg zurückgeführt.

Nun folgt die Vernehmung der Magdeburger Schupo. Oberleutnant Stille erzählt in aggressivem militärischen Kriegsberichtslitteratur seine Erlebnisse. Er hatte den Befehl, Leute, die die Demonstrationen hören wollten, nicht nach Halle hereinzulassen. Als verschiedene Arbeiter an ihn herantraten, und ihm irgendwelche Gründe angaben, aus denen sie nach Halle wollten, ließ er sie nicht durch. Er behauptete, es seien faule Menschen.  
Eine Abteilung Stahlhelm kam in geschlossenem Zuge. Er ließ sie durch seine Mannschaften begleiten, und sie zogen in die Stadt. Wir hatten Handgranaten und ein schweres M.G. nachbekommen. Ich hatte die Befehle, um zu verhindern, daß Leute ausbrechen konnten, die über die Mauer hinweg sich drinnenmachen wollten. Ich sah Sanitätstruppen, zwei Tragen mit zwei Mäßen und die berühmte Fahne mit dem roten Kreuz. Das ist immer auffällig gewesen. Ich habe mehrere solcher Sachen mitgemacht.

Rechtsanwalt Genoffe Barabak: Sie hatten den Auftrag, niemand durchzulassen. Bezog sich das bloß auf die Jäger, die zum Arbeitertag wollten, oder auch auf die vaterländischen Verbände, die zum Deutschen Tag wollten.  
Stille: Das ist ja von vornherein klar, daß die vaterländischen Verbände, die in geschlossenem Zug zur Stadtgrenze marschierten, hierzulande, hierzulande werden sollen, aber der andere Zugang so zu erklären war, daß sie nur nach Halle kamen, um die Sache zu hören, sollte verhindert werden und ich auch verhindert worden.  
Verteidiger: Woran erkannten Sie denn, daß sie hören wollten?  
Stille: Die hatten alle so dumme Ausreden.  
Verteidiger: War Ihnen bekannt, daß die Versammlung im „Vollspatz“ selbst gefasst war?  
Zeuge: Ja.  
Verteidiger: Wenn die Arbeiter aber durchwollten, hatten Sie die Pflicht, sie durchzulassen.  
Zeuge: Die haben ja andere Sachen vorgehabt.  
Verteidiger: Welches Merkmal hatten Sie denn?  
Der Vorsitzende unterbricht: „Herr Verteidiger, Sie verwechseln die Situation, sonst würden Sie diese Frage nicht stellen.“  
Oberleutnant Grothe: 29 Jahre, verhindert, daß die Kommunisten nach Halle gehen konnten. Er gibt eine Darstellung der Schießerei. Wer den ersten Schuß abgegeben hat, weiß er nicht. Seine Beamten sagten, er sei von kommunistischer Seite gefallen. Der verwundete Schupoadmiral Gabe aus Magdeburg gibt an, daß er Jahn als den wiedererkennte, der ihn, als er verurteilt am Boden lag, gefolgt hat. Der Verteidiger fragt, ob er ihn an dem Kometen wiedererkennte. Der Zeuge bejaht dies. Darauf wird ihm gesagt, daß Jahn die Kometen damals nicht erkannt hätte, weil er nicht getragen habe. Hierauf muß der Zeuge zugeben, daß er gar nicht haben kann.  
Wertwändig ist, daß alle Schupoleute, die vernommen werden, ihre Auslassung laut wörtlich machen. Sie beginnen alle: „Wir hatten den Befehl, die Straße zu säubern.“ Nur wenn der Vorsitzende etwas nachhaken fragt, hören sie eine vom allgemeinen Schema abweichende Antwort. Ein besonderes Exemplar ist der Schupoadmiral Rike aus Magdeburg. In seiner Stimme allein ist ein unbändiger Haß gegen die Arbeitererschaft ausgebrochen, so daß man weiß, was man von der Neutralität der republikanischen Schupo zu halten hat. „Es kamen tatsächlich diese Kommunisten im großen Zug anmarschierend. Das ging alles bislang, wir wussten gar nicht, was es für einen Zweck hatte. Wir waren mit diesen Kommunisten, jedenfalls die Führer oder sonst dergleichen, und riefen: Schieß doch, Ihr feigen Hunde. Es war daraus klar, daß ein Kampf gegen uns vorbereitet war, durch die Zurufe dieser Menschen dort. Von einem Haus kamen Kommunisten gekriecht. Wir konnten daraus schließen, daß es heißt: Hier gibt es Kampf. Wir gingen zurück bis an die erste Ecke, dann blieben wir noch diesen Kommandanten, die uns an den Händen nahen, und diese Führer der Kommunisten machten sich noch weiter, und diese forderten ihre Menschen auf, nicht zurückzuweichen. Mäßiglich fiel ein Schuß nach der linken Ecke, gleichzeitig kam der Ruf: Hoch lebe Mostau! oder sonst dergleichen. Wir machten, los zu ging, von unserem Karabiner schießend. Ich konnte nur einen Schuß abgeben. Die Leute hatten gleichwohl Mut gefaßt. Sie gingen weiter

Der hat am 11. Mai das Kaiserhoch angebracht!  
Für den hat Sozialdemokrat Runge 4 Arbeiter niederknallen lassen!  
Für den wurden Sonnabend von dem demokratischen Richter Coulmann Arbeiter auf Jahre ins Gefängnis gesteckt!  
Arbeiter, denkt daran!

Ich verdränge Eindruck gibt aber an, die Wahrheit zu sagen. Hale ist Stahlhelmann und ein Junge Franke, der bei Hale in der Wohnung war, ist auch Stahlhelmann. Trotz der Stimmungsgabe gelingt es nicht, Verleumdungen auszusagen. Sie bezeichnen übereinstimmend den Angeklagten Schulz als vollkommen unschuldig, er habe sich während der ganzen Zeit vor der Schießerei und auch bei der Schießerei in ihrem Hause aufgehalten. Als letzter Zeuge wird der Schupoadmiral Seibold im Gericht vernommen, der verurteilt im Elisabeth-Krankenhaus liegt. Es findet dort ein Postamt statt. Seiboldwörter glaubt, in Jahn denjenigen wiederzuerkennen, der ihn gefolgt hat.

### Bländer des Staatsanwalts:

Der Arbeitertag ist von vornherein nicht als eine ruhige Veranstaltung geplant gewesen. Ich halte es für erwiesen, daß er nicht friedlicher Propaganda, sondern der Verhinderung der Einweisungsdienste dienen sollte. Man braucht sich nur einmal die Preisliste anzusehen, daraus ergibt sich deutlich, daß eine geistliche Einweisung geplant war. Es wurde auch ein größeres Waffenlager gefunden bei einem Mitglied der kommunistischen Partei. Es war dort deportiert worden, um gegebenenfalls gebraucht zu werden. Ein weiteres Merkmal sind die Richtlinien für die Droner. Es bestand ein vollkommener Nachrichtenverkehr. Das Benehmen des Juges in Brudersprache für den militärischen Charakter. Das große in Böllberg ein Mann gefasst war, ergibt sich aus der Anwesenheit der Sanitäter. Der Polizeioffizier, der schon solche Unruhen mitgemacht hat, sagt, immer, wo die sich aufhalten, wird etwas geplant. Von Böllberg aus konnte man die Waldendorfer Weisen hindurchsehen und es hätte dort eine Panik ausbrechen können.

Sämtliche Teilnehmer des Tages werden des Aufruhrs in Tat und Wort mit Strafbewehrung bedroht. Er beantragt, Gerot und Heber freizulassen, für die anderen Angeklagten zum Teil sechs Monate, zum Teil neun Monate Gefängnis, für Müller ein Jahr drei Monate Gefängnis und für Jahn drei Jahre Zuchthaus.

### Rechtsanwalt Genoffe Barabak:

Neuerlich steht hier zur Anfrage der Rufmarsch der Kommunistischen Partei gegenüber der Veranstaltung der vaterländischen Verbände, dem Deutschen Tag. Wenn wir die Dinge betrachten, die sich im diesen Deutschen Tag herumgruppen, so müssen wir leider, daß es hier um einen einheitlichen politischen Kampf geht. Die Entladung der Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft seit dem Auftreten der vaterländischen Verbände hat uns gezeigt, daß diese vaterländischen Verbände in einer klaren Angriffsstellung gegen das Protektorat gestanden haben. Sie haben von vornherein politisch sich eingestellt gegen die Arbeiterschaft und haben von ihrer Einstellung nicht den geringsten Schritt gemacht. Der Deutsche Tag sollte tatsächlich der Höhepunkt sein in dem nationalen Angriff gegen die Arbeiterschaft. Es ist dies auch in der völkischen Presse klar zum Ausdruck gebracht. Wenn wir beurteilen wollen, von welcher Seite die Provokation ausgegangen ist, müssen wir uns darüber klar werden, daß einmal die vaterländischen Verbände hier ganz isoliert vorgegangen sind, um einen Zerstoß gegen die Arbeiterschaft und die Republik anzurichten. Ich kann mich hier auf eine völlig neutrale Meinung beziehen, auf das preussische Staatsministerium, das aus einer Koalition von Deutschen Volkspartei bis Sozialdemokratie zusammengesetzt ist. Am 17. Mai, nach dem Deutschen Tage, hat das preussische Staatsministerium eine allgemeine Kundgebung erteilt, in der es heißt, daß solche Veranstaltungen wie der Deutsche Tag eine Gefahr seien.

Was hier in durchaus objektiver Weise von den bürgerlichen Parteien festgestellt worden ist, müssen wir zur Grundlage unserer Gesamteinstellung machen. Daß die Provokation von den Stahlhelmsverbänden ausgegangen ist und in bezeichnender Weise das Protektorat angeht, werden sollte, daß der Kampf zwischen Kapital und einseitigem Stahlhelm Schicksal geworden ist, das man nicht so leicht glauben möchte. Die vaterländischen Verbände glauben gerade in Halle, das bekanntlich eines der stärksten Zentren der deutschen Arbeiterbewegung ist, von Angriff machen zu müssen, mit aller Gewalt den Kampf gegen die Arbeiterschaft in den Mittelpunkt vorzuschieben, und daß es ihnen daran lag, den Kampf hier zum Ausbruch zu bringen. Die Angeklagten hat ja von ihnen zum Ausdruck gebracht, denn er sagte, die Polizisten waren nicht mit Strohhalm bedeckt.

Man würde, daß die Stahlhelmsverbände ihrerseits die Arbeiterschaft provozieren werde und in jeder Weise versuchen, gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Trotzdem wollte man den Stahlhelmsverbänden in einer friedlichen Demonstration zeigen, daß das Protektorat noch da ist, und daß es sich nicht durch die Stahlhelmsverbände zum Zerbrechen zu sein brauche. Die Verbände ihren Aufmarsch gegen die Arbeiterschaft in ihrer Offensivstellung vollziehen konnten, sollte den Arbeitern Möglichkeit geben, dagegen zu protestieren. Wir haben gehört, daß in Betriebsvereinigungen Delegationen gemacht worden sind. Die kommunistische Partei hat aufgefordert, daß die Arbeiter ihre Gruppen marschieren sollten. Das wurde von allen unter Mühsamkeit auf das Verbot der geschlossenen Umzüge gelagt. Das ist aber gestattet gewesen. Es war nicht verboten der Anmarsch der Arbeitermassen nach Halle, genau so wie der Anmarsch der Stahlhelmsleute gestattet war. Ich muß von einem Umzug der Arbeiterschaft nicht die Rede. Die Versammlung im „Vollspatz“ war gestattet, lese Truppen, in denen die Jäger kamen, waren gestattet. Sie hätten auch gestattet, nicht nach ihrem eigenen Ermessen verhindert werden. Und die Solidarität des Herrn Regierungsrat Dreifisch würde wohl auch gegenüber den Kommunisten angebracht sein, wenn man sagt, daß eine gewisse Ordnung in einem Zuge besser wäre, als wenn lese Truppen marschieren. Von dem Polizeipräsidenten war die Befehmung erteilt worden, der kommunistische Zugang ist zu verhindern. Die Polizei hat von vornherein mit zweierlei Maß gemessen und gezeigt, daß sie es auf einen Zusammenstoß der Arbeiterschaft ankommen lassen wollte. Sie hatte keine Veranlassung daran zu zweifeln, daß der Arbeitertag gestattet war.

Das ganze brutale Auftreten der Schupo gegenüber den Kommunisten, die ganze Vernehmung der Schupo gegenüber die Angelegenheiten des Jungs Rige, der wiederholt von einem Sowjetler gesprochen hat, ohne von dem Vorsitzenden dafür gerügt zu werden.  
Vorlesender: Das ist nicht wahr, er hat nicht Sowjetler gesagt.  
Gen. Barabak: Er hat wiederholt Sowjetler gesagt.  
Wer hat nicht gesagt, er den Ausdruck nicht gebraucht haben sollte, zeigt keine Art, wie er aufgetreten ist, die Vernehmung, die in den Akten der Schupo gegen die Arbeiterschaft befreit. Wir können ohne weiteres annehmen, hätte die Polizei nicht den Zugang verhindert, so wären die Kommunisten nach Halle gezogen und es wäre nichts geblieben. Die geschlossenen Jüge der Stahlhelmsleute hat man ungehindert durchgelassen.

Von dem Sozialdemokraten Waentig und Demokraten Scheibitz ist selbst behauptet worden, daß die Polizei mit zweierlei Maß gemessen habe, das hat sich aus erwiesen. Es ist nicht Schuld der Arbeiterschaft, sondern Schuld der Polizei, daß es hier zum Untergang gekommen ist. Die Polizei hat sich nicht an die Anordnungen gehalten. Das muß hier noch einmal festgestellt werden.  
Als man fragte, warum nicht gegen die vaterländischen Verbände eingeschritten wurde, erklärte man, die Übermacht war zu groß.  
Und was hat man getan in Böllberg? Da war die Übermacht noch nicht so groß.

Da hat man von der Waffe in schärfster Weise Gebrauch gemacht. Dadurch ist es zu diesem Untergang gekommen, obwohl man hätte, da der Arbeitertag nicht verboten und der Zugang gestattet war. Ich glaube, daß hiermit auch die Rechtfertigung gegeben ist und daß überhaupt nicht die Rede sein kann, daß sämtliche Angeklagte, die hierhergekommen sind, es auf einen blutigen Zusammenstoß ankommen lassen wollten. Niemand mehr als die Arbeiterschaft bedauert es, daß es zu diesem Untergang gekommen ist, aber die Arbeiterschaft konnte nicht annehmen, daß von der republikanischen Polizei, besonders gegen diejenigen, die zwar nicht aus Überzeugung für die Demokratie, aber weil sie die Republik für das kleinere Übel gegenüber der Monarchie betrachteten, hierhergekommen waren, daß diesen besondere Schwierigkeiten gemacht worden sind. Gegen die Rechtsdemokraten, die gegen den Erlass des Polizeipräsidenten verstoßen haben, ist niemand vorgegangen. Von dieser Einstellung muß man ausgehen, um die Lage zu beurteilen. Die Einstellung der Polizei gegenüber den Kommunisten trägt zur Reizbarkeit erheblich bei.

Zum Schluß: An und für sich bildet der gesamte Deutsche Tag eine Provokation der Arbeiterschaft. Es sollte bewacht ein Druck auf sie ausgeübt werden. Es sollten benutzt von der Straße gebracht werden. Es sollte auch die Arbeiterschaft in der Lage sein, sich für die militärischen Verbände. Es dürfte wohl den Angehörigen des Gerichts gar klar sein, daß der militärische Rufmarsch, die Einstellung der Stahlhelmsverbände gegen die Arbeiterschaft gegen diese Staatsform gerichtet ist. Es dürfte auch bekannt sein die Einstellung an dem Tage selbst, das Kaiserhoch, der Wapptag nach dem Tag

... und es hätte auch bekannt sein, daß eine derartige Zusammenkunft der rassistischen Generale, die Anwesenheit des Prinz von Monaco wieder angeordnet werden, es sollte ein zweites Staatsfest sein... (The text continues with details of a military or political gathering, mentioning the presence of Prince Monaco and various officials.)

**Rechtssamt Müller:**  
Es geht hauptsächlich auf die einzelnen Angelegenheiten ein. Es ist im besonderen auffällig, daß bei der Zeugenvernehmung der Frau Haie sich ungebührliche Widrigkeiten bei ihrer ersten Aussage ereignen haben... (The text discusses legal proceedings and the behavior of witnesses.)

**Genosse Künze führt aus:** Die herrschende Gesellschaft ist dazu da, die Kommunisten unterzujagen, dazu ist ihnen jedes Mittel recht... (The speaker discusses the role of the ruling class and the tactics of the Communist Party.)

**Vorsitzender:** Ich glaube die drei Tage Ordnungsgültig sind Ihnen noch nicht genug. Sie können auch noch länger herbehalten werden... (The chairman addresses the assembly regarding the duration of the proceedings.)

**Halle und Saalkreis**

Hallische Indexziffern	
vom 16. Juni 1924 laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfjährigen Normalformale, bezogen auf 1913/14 = 1).	
1. Gesamt-Index, d. i. Lebenshaltung einjährig, Bekleidung (Veränderung gegenüber der Vormonats)	1087,5 Milliarden (2,0 Prozent)
2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	1003,7 Milliarden (2,8 Prozent)
Im einzelnen lautet der Index für	
3. Ernährung	1128,8 Milliarden (2,2 Prozent)
4. Heizung und Beleuchtung	1629,1 Milliarden;
5. Wohnung (2 Zimmer und Küche, Mietmiete ohne Nebenabgaben 320 M.)	611,1 Milliarden;
6. Bekleidung	1276,5 Milliarden.

**ABD.-Sofarbeiter:** Heute, Montag, 7 1/2 Uhr abends Sitzung in der Produktionsgenossenschaft.  
**Stadtkreuzer:** Für die kommende Spielzeit 1924/1925, die am Donnerstag, dem 28. August (Vorabend 178. Operaspiel), mit „Kaufl“ am Freitag, dem 29. August, mit der Oper „Dixie“ von Verdi eröffnet wird... (The text provides information about theatrical performances.)

**Das Metall der Toten**

**77] Von Concha Espina**  
Er kreuzte ihr mit harter Gebärde beide Hände hin und beugte sich herab, um seine Tochter zu küssen, die gemächlich herbeikam... (The text is a short story or poem about a father and daughter.)

**Gr. Eisenbahner-Massenversammlung**  
Dienstag, den 22. Juli 1924, abends 8 Uhr, im „Hofjäger“  
Erfcheint in Massen! AFD., Abt. Eisenbahner

**Oppin.** Zu was der Lappus gut ist! Wenn es darauf ankommt, der revolutionären Arbeiterkräfte ein auszuweichen, genügt der Herr Oppositionist die unglücklichsten Schwingen... (The text is a political speech or report from the Eisenbahner assembly.)

**Aus der Provinz**  
Kazikenparade in Zeitz

Unter dem Deckmantel einer Denkmalweiheung hatten sich die Kaziken gestern Sonntag in Zeitz eingefunden, um einen Generalsappell abzuhalten. Infolge Behinderung Lubendorfs war eine andere „Größe“ in Generalsuniform erschienen... (The text reports on a military parade in Zeitz.)

**Naumburg**  
Aufregung, Parteifunktionäre!

Heute abends 8 Uhr im „Goldenen Hahn“ große außerordentliche Funktionärssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht... (The text reports on a political meeting in Naumburg.)

**Naumburg**  
Aufregung, Parteifunktionäre!

Heute abends 8 Uhr im „Goldenen Hahn“ große außerordentliche Funktionärssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht... (The text reports on a political meeting in Naumburg.)

**Das Metall der Toten**

Noch immer betrachtet Rosario Garcian seinen blauen Grund, von dem das Bild des Gelangenen sich abhob... (The text is a short story or poem about a man looking at a landscape.)

**Politische Ketzerei**

Wir haben erst kürzlich darüber berichtet, daß im Deutschen Reich ein schändliches Ketzereiverbot in begründeter Weise... (The text discusses political censorship and the role of the press.)

**Weizensfeld-Naumburg-Zeitz**

Weizensfeld. Mißstände bei der Ernte. In der Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli wurde bei der Erörterung... (The text reports on agricultural issues in Weizensfeld.)

**Naumburg**  
Aufregung, Parteifunktionäre!

Heute abends 8 Uhr im „Goldenen Hahn“ große außerordentliche Funktionärssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht... (The text reports on a political meeting in Naumburg.)

**Naumburg**  
Aufregung, Parteifunktionäre!

Heute abends 8 Uhr im „Goldenen Hahn“ große außerordentliche Funktionärssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht... (The text reports on a political meeting in Naumburg.)

**Naumburg**  
Aufregung, Parteifunktionäre!

Heute abends 8 Uhr im „Goldenen Hahn“ große außerordentliche Funktionärssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht... (The text reports on a political meeting in Naumburg.)

**Das Metall der Toten**

Noch immer betrachtet Rosario Garcian seinen blauen Grund, von dem das Bild des Gelangenen sich abhob... (The text is a short story or poem about a man looking at a landscape.)



# Massen, heraus!

Überall im Reiche und in der ganzen Welt finden in diesen Tagen große Massenversammlungen aller derer statt, die unter den Folgen des Kübberplanes der deutschen und internationalen Kapitalisten zu leiden haben werden. Überall versuchen die Kommunisten einen solchen Sturm der Entrüstung unter den Massen zu entfachen, daß der Bourgeoisie die Angst in die Knochen fährt.

In dieser Woche finden in unserem Bezirk ebenfalls eine große Anzahl von Massenversammlungen statt, mit der Tagesordnung:

## „Der Kampf gegen die Sachverständigenpläne.“

Das gesamte Proletariat des Bezirks Halle-Merseburg, die Massen der Kleinbürger, der verelendeten Mittelschichten, der Beamten und Angestellten müssen sich in diesen großen Massenversammlungen zusammenfinden.

Wir Kommunisten warnen Euch! Hört, was wir Kommunisten Euch zu sagen haben.

KPD. Bezirk Halle-Merseburg.

### Versammlungsplan:

**Kreis Weiskensels**  
Weiskensels: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.  
Tagewerben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof „Zum Eiskamm“.

**Kreis Delitzsch**  
Glesien: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof Naue.  
Kadefeld: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Zschortau: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Craßig: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, Gethhof Haierland.

**Mansfelder Saalkreis**  
Nisleben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, Lokal Weinhorn.  
Gersdorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring“.  
Selbra: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Kronprinz“.  
Unter-Epferstedt: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.

**Kreis Weiskensels**  
Craßfeld: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.  
Volkstedt: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, bei Deutsch.  
Großschiffenhausen: Donnerstag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Wolfsrode: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Linde“.  
Helfta: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Trebbin.  
Stiedten: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Krainitz.

**Mansfelder Gebirgskreis**  
Heißfeld: Großröner: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.

**Kreis Wittenberg**  
Strehna: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Grüenheimen: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Gerpina: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt.  
Hatzmühl: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr.  
Zschornowitz: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Kolonienhof“.

**Kreis Wittenberg**  
Niemegk: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr.  
Kammin: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Witten: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, Gethhof Kfingig.  
Wittenfeld: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.  
Crina: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Gröbbern: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Friedersdorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Zschallheim: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Zschernitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Groß-Mühlau: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Schweigal: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Zörbig: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr.

**Kreis Wittenberg**  
Wittenberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Kreuzenberg.

**Beckersdorf: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.**  
Kamberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Weintraube“.  
Bad Schmiedeberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

**Saalkreis**  
Dörlau-Lieskau: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Dörlau im Lokal „Dörlauer Gelde“.  
Gutenberg: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof „Bertram“.

**Hohenhain**  
Hohenhain: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Weisenauflingen: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr.  
Seeben: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Galer“.  
Palsendorf: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Drei Eichen“.

**Wöblich**  
Wöblich: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr.  
Diemitz: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Gesellschaftshaus“.  
Nisleben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“.

**Uttendorf**  
Uttendorf: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Erholung“.  
Brudow: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Große“.  
Landsberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Goldener Bism“.  
Wettin: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Kleiner Schweizerling“.

**Gröbbern**  
Gröbbern: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Draun: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Fraschwitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Wühlitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Wane“.

**Kamberg**  
Kamberg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Krieger“.  
Kamberg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Wille“.

**Kreis Naumburg**  
Salzgitter: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Rose“.  
Bad Kösen: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Lampe“.  
Wethau: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Deutsches Haus“.  
Wolmirstedt: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof.  
Nebra: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.  
Aua: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.  
Kohleborn: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Berger.

**Kreis Liebenwerda**  
Esterwerda: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinshaus, große öffentliche Volksversammlung für die Drei Esterwerda, Weiskensels, Kopschitz.

**Gröbbern**  
Gröbbern: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, Gethhof Conrad, große öffentliche Volksversammlung für die Drei Gröbbern, Weiskensels, Gröbbern, Weiskensels, Gröbbern, Weiskensels, Gröbbern.

**Wöblich**  
Wöblich: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Richter, für die Drei Wöblich, Gröbbern, Kopschitz.  
Wühlitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Uebitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Katscheller“.

**Beckersdorf: Sonntag, 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Gethhof**  
Mierich, große öffentliche Volksversammlung für die Drei Beckersdorf, Mierich, Winkel, Köthen, Kfingig, Thälberg, Weiskensels.  
Gröden: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof „Nadeborn“.

**Naumburg**  
Naumburg: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof „Dambowski“ für die Drei Naumburg, Saalfeld, Döhlitz.  
Müdenberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof Koloff.  
Jedewitz: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof „Kriemhild“.

**Kreis Merseburg**  
Sachthausen: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Stadt Leipzig“.

**Schafstädt**  
Schafstädt: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Bringen“.  
Köthen: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof Köthen“.

**Naumarkt**  
Naumarkt: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof Schumann“.  
Mödelitz: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof Mödelitz“.

**Querfurt**  
Querfurt: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof zur Sonne“.  
Dürrenberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof zur Sonne“.

**Goddula**  
Goddula: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof Goddula.  
Großheubach: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Gethhof zur Eisenbahn“.

**Köthen**  
Köthen: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.  
Hatzmühl: Sonntag, 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Gethhof Köth.

**Schiffelberg**  
Schiffelberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Restaurant Bahnhof“.

**Burgliebenau**  
Burgliebenau: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Ingermann.  
Kattmannsdorf: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Kattmann.

**Merseburg**  
Merseburg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, in der „Funkturm“.  
Altanstedt: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Zuschherr.

**Kreis Torgau**  
Annaburg: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.  
Dommitzsch: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, in der „Konzert-Halle“.

**Weißenberg**  
Weißenberg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Trompeterhöfchen“.

**Naumburg**  
Naumburg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof Müller.

**Naumburg**  
Naumburg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Gethhof Müller.

**Kreis Zeitz**  
Zeitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

### Das Severing-Parlament deckt die Severing-Polizei-Nachträge zum Landtag

Man hat es eilig im Preussischen Landtag, man galoppiert. In etwa 23 Minuten erledigt man 23 Punkte. Die häufig wiederholten Forderungen der Kommunisten auf Beratung der unerduldeten Polizeiverordnungen, der Haarmann-Maffäre, des Döllschloffer Polizeiverordnungs-Erlasses, der „patriotischen“ Denunziationen von Kommunisten an die Militärbehörden der Provinz und Macdonald der energische Protest gegen die Beratung von all diesem wird von der Partei des Severing-Parlaments ignoriert.

Zu Anfang der Sitzung erklärt Gen. Meyer: In letzter Zeit sind Mitglieder meiner Partei von Kriminalbeamten unter falschen Vorwänden in uns unzulässig Gebiete geschickt, monatelang verhaftet und schließlich verurteilt worden auf Grund von Ausnahmemaßnahmen, die im besetzten Gebiet keine Geltung haben. Wir protestieren gegen diese furchtbaren Verbrechen preussischer Justiz- und Polizeibehörden, wir protestieren gegen diese Verurteilung, verlangen sofortige Amnestie und Entlassung der Häftlinge.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beamtenbesetzung. Das Haus beschließt im Geheimen, daß die Regierung das nötige nachliegende Geld zu stellen, das, halbmöglichst eine Steuererhöhung der Polizeibehörden vorgenommen wird.

Die kommunalistische Fraktion fordert eine neue Sitzung, in der die Unterdrückung der kommunalistischen Presse und der preussischen Polizeifunktion auf der Tagesordnung stehen sollen. Die kommunalistischen Anträge werden nacheinander durch die bürgerlich-republikanische Fraktion niedergestimmt. Gegen die kommunalistischen Forderungen, daß der Verfall auf die russische Handelsvertretung und ferner der Haarmann-Schandal samt den dem Hennevorläufer Polizeipräsidium ausgehenden Beschimpfungen der Bevölkerung zur Sprache kommen sollen.

Gen. Dahlem fordert darauf, daß die Große Anfrage an den Reichstag Kommissarproben befreit werden. Nachdem das Ministerium wegen der verfahrensmäßigen Fallierung worden ist, ist ein neues Kommissariat, sind neue einschlägige Urteile gegen revolutionäre Arbeiter zu erwarten, wobei wiederum die Tüchtigkeit der französischen Generale auf die Auslieferung und Denunziationstätigkeit der preussischen Polizei hinweisen. Die Sitzung des Hauses wird ein Prüfling sein für die Verführungen, daß man sich für die Verbots der besetzten Gebiete einleiten werde.

Nach dieser Antrag wird von der sozialdemokratischen-bürgerlichen Einheitsfront abgelehnt. Darauf verlangt Gen. Meyer eine neue Parlamentsberatung für künftigen Donnerstag, in der die Hausinspektoren, ferner der

Polizeifunktion, die Presseberichte und der Ueberfall auf die Sozial-Verwaltung behandelt werden sollen. Die Sozialdemokraten hätten für heute schon eine Sitzung erzwingen können, wenn sie auch nur einem einzigen der kommunalistischen Anträge zugestimmt hätten.

Gen. Döllschloffer charakterisiert die von den Deutschnationalen und den Reaktionspartien gespeiste Komödie.

Ebersbach (SNL) will darauf den Sozialdemokraten entgegenkommen und schlägt gleichfalls für nächsten Donnerstag die Beratung der Hausinspektoren vor.

Bei der darauf folgenden Abstimmung stimmen die Deutschnationalen gegen diesen eigenen Antrag. — Die knappe Mehrheit der Deutschnationalen, der Sozialisten und des Zentrum verweigert unter Wäutchen der Kommunisten die Einberufung einer Sitzung für nächsten Donnerstag.

Es geht das Severing-Parlament in die Ferien, nachdem es Tag für Tag bei Besprechung der Haarmann-Maffäre, der in Düsseldorf gerichtsnachrichtlich festgestellten Polizeifunktion usw. schamlos abgewürgt hat.

### Die „Deutsche Zeitung“ als Zäzherin

In der Nummer vom 10. Juli bringt die „Deutsche Zeitung“ einen Artikel mit der Überschrift: „Die militärische Organisation der proletarischen Hundställe“, der angeblich unserem Bruderorgan, der „Bergischen Volkstimme“, entnommen sein soll. Dieser Artikel ist eine unerschämte Fälschung der „Deutschen Zeitung“. Sie stellt einen angeblichen Organisationsplan der proletarischen Hundställen und die Schreibung einer Soli-berücksichtigung hier beginnt erst der Artikel der „Volkstimme“ kommunisten aneinander. Nur die Notiz über die Verdrübenung französischer Soldaten mit Genossen, die vom roten Tag in Düsseldorf zurückgeführt, entstammt der „Bergischen Volkstimme“.

Die einleitenden Sätze über die proletarischen Hundställe sind erlogen. In dem Satz, wo beide Abschnitte zusammengepackt sind, merkt man die Sinnlosigkeit des Satzes: Den Dreieckslingen sind nachgegeben die Differenzen, dann die proletarischen Hundställe — hier beginnt erst der Artikel der „Volkstimme“ — des unbesetzten Gebietes, die an den Infanterieoffizieren die folgenden Zeichen internationaler Solidarität von den französischen Soldaten entgegengenommen.

Der Sinn der Fälschung ist klar. Die „Deutsche Zeitung“ will den proletarischen Hundställen unterstellen, daß sie gemeinsame Sache mit den französischen Militär machen. Sie ist es nicht. Nicht die deutschen Arbeiter verbinden sich mit der herrschenden Klasse Frankreichs, sondern die Auftraggeber der „Deutschen Zeitung“. Die Verbindung der internationalen Solidarität zwischen deutschen Proleten und französischen Proleten im Westen leugnen wir nicht. Wir sind stolz darauf, daß die Ausgebauten und Unter-

drückten beider Länder gemeinsam miteinander kämpfen wollen gegen die „Deutsche Zeitung“ auf der einen und den französischen Kapitalistenklub auf der anderen Seite des Rheins.

### Eine neue Denkmalsprengung

Vor einigen Tagen war das Denkmal der vier von Proleten zerstört worden. Jetzt ist das noch zu ersiehende Denkmal des Trübsinnigen Prinz Albrecht von Preußen in die Luft gesprengt worden.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold legt Orden mit Ehrenzeichen an

Am Donnerstag, dem 10. Juli, sprach in einer Sternberger SPD-Mitgliederversammlung der latium bekannte Oberpräsident Höpfer über Ziele und Aufgaben des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Er machte den Vorschlag, bei alljährlichen republikanischen Versammlungen die militärischen Verdienstezeichen zu tragen, um den Völkern zu zeigen, daß auch die Arbeiterklasse sich Verdienste um das Vaterland erlangen hätte.

### Reinfall der Hildener Stadtverwaltung

Die Hildener Stadtverwaltung hatte, gestützt auf die Ausbeuterparteien, die Wahl der Beigeordneten unter Ausschaltung der Kommunisten vorgenommen und die gesamte kommunalistische Fraktion, als sie sich dagegen verweigerte, durch Polizei herbeigekarrt. Nach dem Verfall der Wahl wurden die Kommunisten vorgenommen. Wahl für ungültig erklärt, so daß die Aktion der Ausbeuterparteier mißglückt ist.

### Die Eröffnung der landwirtschaftlichen Bank der Sowjetunion

Am 8. Juli wurde in Moskau die landwirtschaftliche Zentralbank der Sowjetunion eröffnet. Die landwirtschaftliche Bank wird in erster Linie den Notleidenden und armen Bauern billige Kredite zu Produktionszwecken eröffnen. Die Kredite werden vor allem Produktionsgenossenschaften gewährt, wodurch die Kooperation im Dorfe wesentlich gefördert wird. Die neue Bank beginnt ihre Tätigkeit mit einem Kapital von 20 Millionen Rubel, das bis zum 1. Januar 1925 auf 80 Millionen Rubel erhöht werden soll. Die landwirtschaftliche Zentralbank beginnt ihre Tätigkeit mit der Unterstützung der Bauernschaft in den von der Dürre heimgegriffenen Gebieten. Für diesen Zweck wurden 4 1/2 Millionen Rubel bewilligt, wovon eine Million sofort zur Verfügung gestellt wurde.